

Weil der Mensch ein Mensch ist!

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10

Beschlussbuch Juso-Bezirkskonferenz 2016

Bezirkskonferenz 11. Juni 2016
In Peine



11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30

Weil der Mensch ein Mensch ist!

A	Arbeitsprogramm	Seite
A 1	Weil der Mensch ein Mensch ist! – Bezirksarbeitsprogramm	3
A 2	Das Gleichstellungsarbeitsprogramm – Frauen in die Politik	10
D	Daseinsvorsorge	
D 1	Fahrscheinlosen kommunalen ÖPNV in der Region einführen	15
F	Feminismus	
F 1	Weltweites Verbot weiblicher Genitalverstümmelung – Stoppt die Gewalt... stoppt die Folter... stoppt diesen Wahnsinn	22
I	Inklusion	
I 1	Jetzt erst recht!!! – Für ein angemessenes Bundesteilhabegesetz	24
I 2	Liebe darf nicht arm machen – Für eine finanzielle Entlastung der Partner von Menschen mit Behinderung	26
Int	Internationalismus	
Int 1	Fluchtursachen bekämpfen! – eine entwicklungspolitische Perspektive	27
SÄ	Satzungsänderung	
SÄ 1	Satzungsänderung	31
S	Staat und Gesellschaft	
S 1	Schrittweise Einführung des Englischen als „zweite Amtssprache“	32
S 2	Gegen jede Form des Antisemitismus!	35
S 3	Demokratie kann nicht illiberal sein – Antidemokratischen Tendenzen ent- gegenwirken!	41

Weil der Mensch ein Mensch ist!

1 Jusos im Bezirk Braunschweig
2 Bezirkskonferenz, 11. Juni 2016
3 **Titel** Weil der Mensch ein Mensch ist! - Bezirksarbeitsprogramm
4 **Antragsteller** Bezirksvorstand

A 1

Weil der Mensch ein Mensch ist! – Bezirksarbeitsprogramm

Sozialismus

Sozialismus bedeutet für uns Jusos, dass wir die vorhandenen herrschaftsgeprägten Strukturen des kapitalistischen Wirtschaftssystems überwinden wollen. Uns reicht es nicht aus, nur durch sozialen Ausgleich eine angenehmere Welt für einen größeren Teil der westlichen Industrienationalökonomien zu schaffen. Wir gehen einen Schritt weiter, indem wir die Armut schaffenden Strukturen international durchbrechen wollen. Diesen Grundpfeiler skizzieren wir wie folgt mit drei grundsätzlichen Aussagen:

1. Wir wollen nicht nur Ungleichheiten abmildern, sondern das kapitalistische System durchbrechen, welches Ungleichheiten produziert und reproduziert.
2. Wir wollen, dass Menschen nicht mehr danach bewertet werden, ob sie einer profitorientierten Welt nützlich sind, bzw. ob sie in einem System funktionieren.
3. Wir wollen, dass jeder Mensch frei und selbstbestimmt sein eigenes Leben gestalten kann.

Als frei denkende SozialdemokratInnen ist es daher unsere Aufgabe, einen langen Aufklärungsprozess zu betreiben. Einen Aufklärungsprozess, der davon getragen wird, die unmenschlichen weltweiten Zuständen zu thematisieren. Die Mehrheit der Bevölkerung soll dabei politisch aktiviert werden und die bestehenden kapitalistischen Mechanismen nicht mehr akzeptieren.

Gleichzeitig gilt es den Menschen von den Grundwerten des Demokratischen Sozialismus als alternatives Gesellschaftssystem zu überzeugen, in dem alle Menschen von Fremdbestimmung und Abhängigkeit befreit sind.

Wirtschaftliche Prozesse dienen dem Wohl der Gesellschaft, nicht einem kleinen privilegierten Teil der Gesellschaft. Dabei ist darauf zu achten, dass Einkommen und Vermögen möglichst gerecht verteilt sind.

Wichtig ist dabei zu verstehen, dass dieser Prozess niemals beendet sein kann. Vielmehr ist der Kampf um den Sozialismus und für den Sozialismus als immer währende Aufgabe zu verstehen - so wie es im Grundsatzprogramm der SPD entnommen werden kann. Dies setzt aber voraus, dass sich alle Menschen frei, gleich und solidarisch verhalten.

Weil der Mensch ein Mensch ist!

1 Feminismus

2
3 Wir Jusos sind ein feministischer Richtungsverband, damit ist die Gleichstellung der Ge-
4 schlechter einer unserer bedeutsamsten Forderungen. Denn trotz einiger Errungenschaften
5 wie dem Wahlrecht und der gesetzlichen Gleichstellung erkennen wir weiterhin eine grundle-
6 gende gesellschaftliche Diskriminierung der Frau. Wir wollen das alle Menschen frei und
7 selbstbestimmt leben können, fern von Diskriminierung und Abhängigkeiten. Aus diesem
8 Grund ist die Gleichstellung der Geschlechter ein wichtiger Schritt auf dem Weg in eine ge-
9 rechtere Zukunft. Es gibt unterschiedliche gesellschaftliche, ökonomische und politische As-
10 pekte, welche die Benachteiligung der Frau eindeutig aufzeigen. Dazu zählen unter anderem
11 die Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt, die geringe Präsenz von Frauen in politischen und
12 wirtschaftlichen Machtpositionen sowie die weite Verbreitung von Sexismus, sexualisierter
13 Gewalt und Rollenklischees. Wir Jusos bekämpfen diese Situation in der Gesellschaft in dem
14 wir die bekannten Misstände anprangern und gemeinsam mit gesellschaftlichen PartnerIn-
15 nen für die Verbesserung der aktuellen Situation streiten.

16
17 Doch auch vor unserem eigenen Verband machen patriarchale Strukturen nicht halt. Auch bei
18 den Jusos sind Frauen, wie in der gesamten SPD, stark unterrepräsentiert. Wir Jusos wollen
19 eine Politik, in der Frauen und Männer gemeinsam entscheiden, fair miteinander diskutieren
20 und respektvoll miteinander umgehen. Wir wollen ein politisches Umfeld, in dem sich Frauen
21 wohlfühlen, in dem sie Ihre Meinung äußern können und in dem sie ernst genommen werden.
22 Gerade jüngere Frauen müssen motiviert werden, Politik aktiv mitgestalten zu wollen. Wir
23 wollen mehr Frauen für die Jusos gewinnen; dazu gehört auch dass diese ihren festen Platz in
24 den Jusoverbänden bekommen und aktiv mit eingebunden werden

25
26
27

28 Juso sein heißt InternationalistIn sein!

29
30 Wir Jusos verstehen uns als internationalistischer Richtungsverband, somit gilt die internatio-
31 nale Solidarität als einer unserer bedeutsamsten Grundwerte. Sie muss gerade in Zeiten wie
32 diesen für uns mehr als selbstverständlich sein. Als InternationalistInnen setzen wir uns mit
33 unseren PartnerInnen und Partnern aus aller Welt für Frieden, Freiheit und Solidarität ein.
34 In der globalisierten Welt sehen wir einerseits neue Optionen und Emanzipationschancen, an-
35 dererseits sind wir mit neuen und stärkeren (wechselseitigen) Abhängigkeiten konfrontiert.
36 Viele ökonomische und soziale Probleme können heute nur noch international gelöst werden.
37 Es bedarf einer Zusammenarbeit aller emanzipatorischen Kräfte weltweit.

38

39 Ein vereintes Europa als Ziel

40
41 Der europäische Gedanke ist für uns nicht nur eine Idee, sondern ein Ziel. Europa muss weg
42 vom nationalstaatlichen Denken hin zu einem europäischen Gemeinschafts- und Selbstver-
43 ständnis, das staatenübergreifende Interessen in den Vordergrund stellt. Wir fordern die "Ver-
44 einigten Staaten von Europa", um mit allen Europäerinnen und Europäern langfristig eine ge-
45 meinsame politische Zukunft zu formen.

46 Derzeit steht Europa am Scheideweg. Die nationalstaatlichen Reaktionen zur Flüchtlingskrise,
47 der Griechenlandkrise sowie ein möglicher Brexit zeigen vor allem eines auf: Einen Mangel an
48 europäischer Solidarität.

Weil der Mensch ein Mensch ist!

1 Viele Menschen begreifen Europa als eine reine Interessengemeinschaft in Wirtschaftsfragen.
2 Das ist nicht das Europa, als das wir es begreifen. Wir fordern, dass nach der Wirtschafts- und
3 Währungsunion nun auch die europäische Sozialunion folgt. Demzufolge fordern wir die An-
4 passung der derzeit teilweise sehr unterschiedlichen Lebensstandards. Mittel hierfür sind un-
5 ter anderem ein europäischer Mindestlohn, europäisches Sozialversicherungssystem ein an-
6 gegliches Steuersystem und eine Abkehr von der neoliberalen Handels- und Privatisierungs-
7 politik in Europa. Das Ziel ist ein Europa, in dem überall gleichwertiges und gutes Leben mög-
8 lich ist.

11 **Bezirksvorstandssitzungen**

13 Der Bezirksvorstand ist dafür zuständig, die Projekte seiner Mitglieder und die Seminare or-
14 ganimatorisch zu begleiten und finanzielle Entscheidungen zu treffen. Daneben sollen die Be-
15 zirksvorstandssitzungen aber auch als inhaltliche Plattform verstanden werden. Der Bezirk ist
16 die Summe seiner Unterbezirke, demnach können alle Jusos des Bezirks zu den Vorstandsitz-
17 zungen erscheinen. Die Mitglieder des Bezirksvorstandes sind von der Bezirkskonferenz ge-
18 wählt und den Interessen des gesamten Bezirks verpflichtet. Die Arbeit des Bezirks lebt vom
19 Miteinander aller Jusos. Gemeinsam wollen wir den Bezirk inhaltlich und organisatorisch ge-
20 stalten und ständig weiterentwickeln. Auf den Sitzungen soll es deshalb sowohl um organi-
21 satorische Dinge gehen, wie auch inhaltliche Themen besprochen werden. Die Verknüpfung
22 von Inhalten und organisatorischem soll die Attraktivität der Sitzungen steigern. In der Orga-
23 nisationsform des Bezirksvorstands soll unsere Kritik an Herrschafts- und Machtformen zum
24 Ausdruck kommen. Wissensmonopole aufzulösen und sie allen TeilnehmerInnen der Bezirks-
25 vorstandssitzungen zugänglich zu machen, ist dazu ein erster Schritt.

26 Die Sitzungen finden einmal im Monat statt, wobei sie in möglichst vielen Unterbezirken statt-
27 finden sollen.

30 **Homepage&sozialeNetzwerke**

32 Als Medium für unsere Außendarstellung haben wir der Homepage des Juso-Bezirks ein
33 neues Gesicht gegeben. Hier sollen auch in Zukunft unter anderem immer die nächsten Ter-
34 mine angegeben werden, sowie Berichte über Veranstaltungen und Pressemitteilungen er-
35 scheinen. Es werden Publikationen mit den Ergebnissen der Bezirksprojekte veröffentlicht.
36 Nach Projektveranstaltungen sollten deren Ergebnisse sowie Abläufe in einem Artikel auf der
37 Homepage veröffentlicht werden. Bei Aktionen, deren Verantwortliche/r nicht klar ist be-
38 nennt der Vorstand vor der Aktion eine/n Presseverantwortliche/n. Außerdem werden wir
39 das Facebookprofil des Bezirks weiter pflegen, um über unsere Arbeit und Aktivitäten zu in-
40 formieren. Alle gewählten Bezirksvorstandsmitglieder haben durch einen
41 Account die Möglichkeit nach vorher bestimmten Regeln Termine oder Berichte auf der
42 Webseite oder Facebook zu posten. Der Bezirksvorstand benennt dabei eine verantwortliche
43 Person, welche federführend AnsprechpartnerIn für die Unterbezirke ist. Diese soll sicher-
44 stellen, dass die Homepage und die Facebookseite aktuell und attraktiv geführt werden und
45 gegebenenfalls auch delegieren und versprochene Berichte einfordern.

Weil der Mensch ein Mensch ist!

1 **Heute schon in Geld gebadet?**

2 Gemeinsam mit unseren Unterbezirken wollen wir die Kampagne „Heute schon in Geld ge-
3 badet“ 2016 weiterführen.

4 Die Verteilungsfrage hat an Aktualität nichts eingebüßt. Gemeinsam mit dem Bezirksvorstand
5 soll der Riesenschein und das Bad aus Goldmünzen durch alle Unterbezirke touren. Der rie-
6 sige 40.000 Euroschein symbolisiert, dass jede/r Deutsche im Schnitt über 40.000 Euro Bar-
7 vermögen verfügt. Die Irritation sorgt dabei für Aufmerksamkeit. Eine Auftaktveranstaltung
8 in den jeweiligen Unterbezirken liefert dabei das Hintergrundwissen- Methodisch werden die
9 interessierten Unterbezirke durch die gemeinsame Aktion in ihrer Arbeit vor Ort unterstützt.

10

11

12 **Jusos vor Ort – Sozialismus braucht Tradition**

13 Um unsere politische Arbeit nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch zu vermitteln, wol-
14 len wir viele Orte besuchen, die Bedingungen der Arbeit deutlich nah und zeigen. In unserer
15 Region mit seiner Vielzahl an industrieller und dienstleistungsorientierter Tradition gibt es
16 viele Möglichkeiten zu Tagesausflügen, die wir den Jusos im Bezirk anbieten wollen. Ziel des-
17 sen soll eine bessere Vernetzung im jugendpolitischen Bereich sein.

18 **Basic-Seminar**

19 Das Juso-Basic-Seminar soll alle Jusos mit unseren politischen Grundlagen vertraut machen.
20 Es sollen dabei ein Verständnis für die Geschichte der Arbeiterbewegung vermittelt werden.
21 Das Basic-Seminar wird bedürfnisorientiert und bedarfsgerecht in Absprache mit den Unter-
22 bezirken organisiert.

24 **Grundlagen der politischen Arbeit:**

25

26 Das Grundlagenseminar soll helfen die Grundlagen der Parteiarbeit zu erlernen und umzu-
27 setzen. Es sollen grundsätzliche Themen bearbeitet werden, wie etwa die Sitzungsleitung und
28 Einladungen zu Sitzungen und Konferenzen. Es wird weiterhin der Aufbau und die Finanzia-
29 rung der Partei
30 vermittelt. Es sollen Kompetenzen aufgebaut werden um Inhalte in die Partei und in die Jusos
31 zu tragen.

32 **Tagesseminare:**

33

34 Um möglichst vielen Genossinnen und Genossen die Möglichkeit zur Mitarbeit zu geben, wer-
35 den wir Seminare auch eintägig anbieten. Die Seminare werden in den Unterbezirken vor Ort
36 stattfinden. Diese Seminare sehen wir als Angebot an die Unterbezirke, welche wir gerne auf
37 Nachfrage anbieten.

38 **Frühlingscamp:**

39 Mit dem Frühlingscamp haben wir ein erfolgreiches Seminarkonzept, um die inhaltliche Ar-
40 beit auf Bezirksebene auszubauen und Anträge vorzubereiten. Neben der Arbeit des Bezirks
41 soll dabei auch die inhaltliche Arbeit der Unterbezirke Platz finden und eine Möglichkeit ge-
42 geben werden, über die Grenzen des eigenen Unterbezirks zusammen an inhaltlichen The-
43 men zu arbeiten. Das Frühlingscamp soll dieses Jahr wieder 4 tändig organisiert werden. Dazu
44 soll auch im besonderem das Frühlingscamp Raum zur Freizeitbeschäftigung bieten, damit die
45 TeilnehmerInnen aus dem Bezirk sich auch untereinander besser kennen lernen.

Weil der Mensch ein Mensch ist!

1 **Der Super-Juso-Tag**

2
3 Im Gegensatz zu den letzten Jahren finden die Sitzungen unserer vorgenannten Projekte
4 nicht unter der Woche individuell in verschiedenen Unterbezirken sondern gemeinsam an
5 einem Ort an einem Tag statt - auf dem sogenannten Super-Juso-Tag. Bei dem Super-Juso-
6 Tag, der dreimal pro Jahr an einem Samstagvormittag starten soll, wird jedes Projekt einen
7 Workshop anbieten. Nach der ersten Workshopphase wird zunächst ein gemeinsames Mit-
8 tagessen, nach der zweiten bzw. letzten Phase ein attraktives kulturelles Ereignis angeboten.
9 Ziel des Super-Juso-Tags ist es, viele Juso-Mitglieder für die bezirksweite Projektarbeit zu ge-
10 winnen, die bislang durch das „alte Modell“ nicht aktiviert werden konnten.

11

12 **Verbandstage:**

13
14 Neben der zahlreichen inhaltlichen Arbeit wollen wir im nächsten Jahr auch wieder versuchen
15 kulturelle Angebote zu machen. Darunter fällt beispielsweise gemeinsames Grillen, Film-
16 abende etc. Die Angebote erfolgen möglichst kostengünstig, damit es Jeder und Jedem mög-
17 lich ist, an diesen Veranstaltungen teilzunehmen.
18 Weitere Freizeitangebote erfolgen über die Unterbezirke und können im ganzen Bezirk be-
19 worben werden, damit auch den anderen Unterbezirken die Möglichkeit der Teilnahme ge-
20 geben wird.

21

22 **Heute morgen gestalten - die Bezirksprojekte:**

23 **Projekt Juso-Grundsatzprogramm**

24
25 Im Rahmen dieses Projektes werden wir in den kommenden Monaten inhaltliche Debatten
26 zu den Grundwerten der SPD und den Jusos führen. Wir werden uns in diesem Zusammen-
27 hang damit auseinandersetzen, wie die bestehenden Grundwerte aus Freiheit, Gerechtigkeit
28 und Solidarität mit den Begriffen Sozialismus, Feminismus und Internationalismus in Einklang
29 zu bringen sind. Ziel des Projektes ist es bis zur Bezirkskonferenz 2017 ein bezirksweites Juso-
30 Grundsatzprogramm zu präsentieren, welches allen Verbandsmitgliedern als inhaltliche
31 Grundlage und Orientierung dienen soll, die Behandlung unterschiedlichster politischer The-
32 men auf diesen Wertekanon hin kritisch zu überprüfen.

33

34 **Projekt Internationales**

35 Wir Jusos verstehen uns als InternationalistInnen, um diesem Anspruch gerecht zu werden
36 ist ein Verständnis für globale Zusammenhänge und die Auseinandersetzung mit überstaatli-
37 chen Angelegenheiten essenziell. Viele soziale sowie ökonomische Probleme können in einer
38 globalisierten Welt nur auf transnationaler Ebene gelöst werden. Eine solche Auseinander-
39 setzung steht im Zentrum des Projektes Internationales im kommenden Jahr. Es richtet sich
40 an alle Jusos, die sich für globale Politik und die Beziehungen zwischen Staaten und Men-
41 schen im Rahmen internationaler Arbeit interessieren. Die internationale Arbeit in unserem
42 Verband gliedert sich zum einen in den theoretischen Diskurs und zum anderen in den Aus-
43 tausch mit anderen Verbänden weltweit. Im nächsten Jahr möchte das Projekt den Schwer-
44 punkt auf einen solchen Austausch legen. Der inhaltliche Schwerpunkt wird gemeinsam mit
45 den Teilnehmenden in den ersten Sitzungen festgelegt.

Weil der Mensch ein Mensch ist!

1 **Projekt Digitales**

2

3 In den letzten Jahren hat sich die Welt rasant verändert, von einer analog funktionierenden
4 zu einer immer stärker vernetzten, digitalisierten und globalisierten Welt. Heutzutage ist es
5 kein Problem mehr, über Smartphone und Social Media Kontakt zu Menschen aus anderen
6 Ländern zu halten. Auch Konsumgüter des alltäglichen Lebens kann man bequem per
7 Mausclick bestellen. Das war noch vor wenigen Jahrzehnten schier undenkbar.

8 Mit dieser rasanten Entwicklung gehen aber nicht nur Vorteile einher, sie birgt auch viele Ri-
9 siken. Abseits dessen, was wir vor den Bildschirmen wahrnehmen, wachsen Firmen-Mono-
10 pole wie Google oder Facebook heran, schnorcheln Geheimdienste massenhaft Daten ab
11 und greifen Behörden unbemerkt in unsere Grundrechte ein. Weil man diese Dinge aber
12 eben nicht mitbekommt, fehlt vielen Menschen in der Gesellschaft das Bewusstsein für diese
13 Problemstellungen, man sagt „Ich habe doch nichts zu verbergen“ anstatt für seine Grund-
14 rechte einzustehen und sie zu verteidigen.

15

16 Viele Menschen, die in der analogen Welt aufgewachsen sind und sozialisiert wurden, die
17 auf Scheibentelefonen gewählt und Platten gehört haben, kommen mit dieser Entwicklung
18 nicht mit. Wenn beispielsweise die Bundeskanzlerin sagt, dass das Internet „Neuland“ für sie
19 ist, dann zeigt das, dass sie die Entwicklung der letzten Jahre nicht versteht und begreift, ge-
20 schweige denn damit umzugehen vermag.

21

22 Wir wollen uns in diesem Projekt mit der voranschreitenden Digitalisierung beschäftigen, mit
23 dem Internet der Dinge, selbstfahrenden Autos und der Frage, wie der Datenschutz und un-
24 sere Grundrechte dabei weg kommen. Wir wollen Lösungen erarbeiten, wie man die Vorteile
25 der Technik nutzen kann, ohne die Nachteile hinnehmen zu müssen. Informationelle Selbst-
26 bestimmung gilt es sowohl gegenüber dem Staat aber in zunehmendem Maße auch gegen-
27 über privaten Konzernen zu verteidigen.

28 Wir wollen den Abgeordneten, die zum Teil nicht verstehen, worum es geht, wenn von „Safe
29 Harbour“ und Vorratsdatenspeicherung die Rede ist, klar machen, was auf dem Spiel steht.
30 Wir müssen jetzt reagieren, bevor sich die Dynamik der Geheimdienste und Internetriesen
31 zu sehr verselbstständigt hat und nicht mehr geregelt werden kann.

32 Helft mit und beteiligt euch, die Gesellschaft aufzuklären und zu handeln, bevor es zu spät
33 ist!

34

35

36 **Arbeit Wirtschaft Soziales – die Arbeitswelt der Zukunft**

37 Das Projekt Arbeit Wirtschaft Soziales wird sich im nächsten Jahr mit der Arbeitswelt der Zu-
38 kunft beschäftigen. Unter dem Schlagwort Arbeit 4.0 oder Mensch 4.0 wird darüber disku-
39 tiert, wie wir in Zukunft leben und arbeiten werden. In diese Diskussion wollen wir uns ein-
40 mischen und die Arbeitswelt der Zukunft diskutieren. Dabei wollen wir nicht nur mit Jusos,
41 sondern auch mit anderen BündnispartnerInnen zusammenarbeiten.

42

43 **Bezirksprojekt Inklusion 2.0**

44

45 Der Begriff Inklusion geht vermutlich auf das lateinische Verb includere zurück, was soviel
46 heisst wie "einlassen" oder "einschließen" oder auf das Substantiv inclusio, welches
47 "Einschließung", "Einbeziehung" bedeutet.

Weil der Mensch ein Mensch ist!

1 Inklusion bedeutet, dass kein Mensch ausgeschlossen oder ausgegrenzt werden darf und
2 außerdem vor jeglicher Art der Diskriminierung aufgrund von Heterogenitätsmerkmalen wie
3 Behinderung, Hautfarbe, Herkunft, Geschlechtsidentität, sexueller Orientierung, Religion etc.
4 geschützt werden soll.

5 Im Projekt Inklusion haben wir uns im letzten Jahr mit verschiedenen Aspekten der Inklusion
6 von Menschen mit Behinderung beschäftigt und auseinandersetzt. Der Focus soll in diesem
7 Jahr auf „gesellschaftlicher Vielfalt und Teilhabe“ liegen:

8

- 9 • andere Hautfarbe → anderer gesellschaftlicher Status?!
- 10 • Herkunft → angekommen oder immer noch ausgegrenzt?!
- 11 • verschiedene Religionen → verschiedene Weltauffassungen?!
- 12 • sexuelle Orientierung → lieb doch wen und wie du willst?!
- 13 • Geschlechtsidentität → wer bin ich?! Was bin ich?! Und muss ich das überhaupt
14 definieren?!

15

16 Wie können wir eine Gesellschaft schaffen, in der jeder Mensch akzeptiert wird und an der er
17 gleichberechtigt teilhaben kann?

18 In einer inklusiven Gesellschaft gibt es idealerweise keine definierte Norm. Vielfalt und
19 Unterschiede werden als Bereicherung angesehen. Das ist das Leitbild der Inklusion--> denn
20 Inklusion ist ein Menschenrecht.

21

22 **Konferenzvorbereitungen**

23 Vor wichtigen Konferenzen und Parteitag werden wir als Jusos uns als Delegation treffen
24 um Verhalten und Verhandlungsführung auf der Konferenz zu besprechen.

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

41

42

43

44

45

46

47

1 Jusos im Bezirk Braunschweig
2 **Bezirkskonferenz, 11. Juni 2016**
3 **Titel** Das Gleichstellungsarbeitsprogramm – Frauen in die Politik
4 **Antragsteller** Bezirksvorstand

5
6

7 **Das Gleichstellungsarbeitsprogramm - Frauen in die Politik!**

8 **1. Die Jusos Braunschweig als feministischer Richtungsverband**

9 Als feministischer Richtungsverband erkennen wir weiterhin eine grundlegende gesellschaftliche Dis-
10 kriminierung der Frau. Um dieser Situation in unserem eigenen Verband zu begegnen und inhaltliche
11 Debatten anzustoßen haben wir im Bezirk Braunschweig unter anderem das Frauenforum. Im folgen-
12 den werden die Aspekte mit denen sich das Frauenforum auseinander gesetzt hat erläutert.

13 **2. Frauen in der Kommunalpolitik**

14 Am 11. September sind in Niedersachsen Kommunalwahlen. In der Kommunalpolitik sind Frauen bis
15 heute besonders stark unterrepräsentiert. Nur zehn Prozent der BürgermeisterInnen und LandrätIn-
16 nen bundesweit sind Frauen. Auch in den Kreis- und Gemeinderäten ist der Frauenanteil alarmie-
17 rend. Generell lässt sich sagen, dass, je kleiner die Kreise und Gemeinden, desto geringer der Frauen-
18 anteil in den Räten. Von etwa zwanzig Prozent bis zu Null. Vokalem in Bayern und Baden-Württem-
19 berg gibt es viele Kommunen ohne weibliche Mandatsträgerinnen. In Niedersachsen haben Frauen
20 bei den letzten Kommunalwahlen im Schnitt in den Kreistagen und kreisfreien Städten 26,8 % der
21 Sitze errungen, in den anderen Stadt- und Gemeinderäten 22,4 %. Auch das ist noch lange nicht ge-
22 genug. So sieht es auch das niedersächsische Ministerium für Soziales und hat im diesen Jahr das erste
23 Mal ein Mentoringprogramm gestartet, dass Frauen für die kommunalpolitische Arbeit begeistern
24 soll. Wir begrüßen ein solches Engagement außerordentlich. Es bedarf vielfältiger politischer Initiati-
25 ven, um das bisherige Defizit auszugleichen. Mentoringprogramme alleine reichen jedoch nicht aus.
26 Es ist wichtig, dass insbesondere auf das Durchsetzen der alternierenden Wahllisten Wert gelegt
27 wird. Häufig wird der sogenannte "Reißverschluss" nicht konsequent eingehalten und Frauen sind vor
28 diesem Hintergrund zumeist die Leidtragenden. Wir sprechen uns für eine konsequente Umsetzung
29 der bestehenden Regelungen aus. Gute Kommunalpolitik braucht ein breites und vielfältiges Spekt-
30 rum an engagierten Ehrenamtlichen. Wir Jusos fordern die SPD auf, in den kommenden Jahren insbe-
31 sondere junge Engagierte, insbesondere Frauen, zu fördern um frischen Wind in die gewachsenen
32 Strukturen der Kommunalparlamente hineinzutragen.

33 **3. Geschlechterungerechtigkeiten auf dem Arbeitsmarkt**

34 Der Arbeitsmarkt spiegelt Geschlechterungerechtigkeiten in einem besonderen Maße wieder. Zwar
35 ist die Erwerbsquote der Frauen in der Vergangenheit stetig gestiegen, jedoch arbeiten Frauen noch
36 heute durchschnittlich für sehr viel weniger Geld als ihre männlichen Kollegen. Zum einen sind es in
37 erster Linie Frauen, welche in prekären Beschäftigungsverhältnissen beschäftigt sind. Frauen stellen
38 in Deutschland mit fast 70% die große Mehrheit derjenigen, die für Niedriglöhne arbeiten. Ursachen
39 und Hintergründe sind vielfältig. So weisen einige Dienstleistungsbranchen, in denen besonders viele
40 Frauen arbeiten, besonders hohe Niedriglohnanteile auf, z.B. das Gastgewerbe mit 63%, der Einzel-
41 handel mit 40%, aber auch das Gesundheits- und Sozialwesen. Dies hat zur Folge, dass Frauen etwa
42 22% weniger verdienen als Männer (Gender Pay Gap). Doch auch in der selben Berufstätigkeit mit
43 den selben Qualifikationen sind wir von einer Entgeltgleichheit weit entfernt. Frauen verdienen in
44 dieser Situation in etwa 7% weniger als ihre männlichen Kollegen.

45

Weil der Mensch ein Mensch ist!

1 **2. Sexismus und Rollenklischees**

2 Darüber hinaus setzen wir uns auch gegen sämtliche Erscheinungsformen von sexistischem Gedan-
3 kengut ein. Auch unser Verband ist zum Teil davon geprägt, in geschlechtlichen Rollenklischees zu
4 denken. Hier gilt es für uns als Feministinnen und Feministen anzusetzen. Um diese konservativ-reak-
5 tionären Verhaltensweisen zu reflektieren, werden wir deshalb auf allen Seminaren gleichstellungs-
6 spezifische Workshops anbieten.

7 Denn der Kampf gegen Sexismus ist und bleibt ein Kampf gegen Rassismus. Oder wie es August Bebel
8 bereits vor 100 Jahren sagte: Ein Sozialist ist ein Feminist, oder er ist kein Sozialist.

9 **3. Sexuelle und sexualisierte Gewalt**

10 Frauen werden nach wie vor überdurchschnittlich oft Opfer von (häuslicher) Gewalt. Es werden bun-
11 desweit jährlich ca. 13.000 Fälle von sexueller Nötigung bzw. Vergewaltigung angezeigt Die Dunkelzif-
12 fer wird auf das Zehn-bis Zwanzigfache geschätzt. Schuld an einem Übergriff ist immer der Täter, nie
13 das Opfer.

14 Das Motiv für sexualisierte Gewalt ist nicht Sexualität, sondern Macht. Sexualität wird funktionali-
15 siert, um Frauen und Mädchen zu demütigen, sie zu erniedrigen und zu unterdrücken, mit dem Ziel,
16 sich selbst als mächtig zu erleben. Sexualisierte Gewalt gegen Mädchen und Frauen hat viele Er-
17 scheinungsformen. Sie beginnt mit der "alltäglichen Anmache", mit frauenfeindlicher Sprache, Wit-
18 zen und Beschimpfungen, die wohl jede Frau und jedes Mädchen kennt und die oftmals nicht einmal
19 als Gewalt definiert wird, eben weil sie so häufig vorkommt, dass sie wie normal erscheint. Diskrimi-
20 nierungen verschiedener Art begegnen Frauen in der Werbung, in den Medien, im Internet etc. und
21 Mädchen und Frauen sind in vielfältigen Situationen von tätlicher sexualisierter Gewalt bedroht: Se-
22 xuelle Belästigungen im Alltag, am Telefon und am Arbeitsplatz sind keine Ausnahmefälle.

23 Gewalt beginnt dort, wo Mädchen und Frauen in ihrer persönlichen Freiheit eingeschränkt werden,
24 also bereits dann, wenn sie bestimmte Orte, Wege oder Situationen meiden müssen, um nicht belei-
25 digt, belästigt oder bedroht zu werden.

26 **4. Vermögen ist männlich - Die Verteilungsfrage zwischen den Geschlechtern**

27 Vermögen ist in Deutschland und in der Welt grundsätzlich sehr ungleich verteilt. So besitzen die
28 reichsten 10 Prozent in Deutschland etwa 60% des Nettovermögens. Auffällig ist dabei, dass vor allem
29 Frauen im Vergleich zu Männern selten große Vermögenswerte besitzen. So haben Frauen in
30 Deutschland durchschnittlich 33 % weniger Vermögen als Männer. Dieser Umstand hat vor allem Ein-
31 fluss auf die Altersvorsorge so haben Frauen eine deutlich höhere Wahrscheinlichkeit im Alter in Al-
32 tersarmut zu leben. Insbesondere Betriebsvermögen ist zwischen den Geschlechtern stark ungleich
33 verteilt so kommt auf eine Frau mit Betriebsvermögen statistisch insgesamt 3 Männer. In Europa hat
34 Deutschland die höchste Verteilungsungleichheit zwischen den Geschlechtern und sie nimmt derzeit
35 weiter zu. Die internationale Situation der Vermögensverteilung zwischen den Geschlechtern ist er-
36 schreckend. Obwohl Frauen einen Großteil der weltweiten Arbeit, insbesondere in der Landwirt-
37 schaft beziehungsweise der Lebensmittelproduktion verrichten, besitzen Frauen ein verschwindend
38 geringen Anteil an dem weltweiten Vermögen (unterschiedliche Erhebungen sprechen von etwa ein-
39 nem Prozent). Dies liegt nicht zuletzt auch daran, dass Frauen in einigen Staaten in der Welt noch im-
40 mer kein Recht auf Eigentum haben. Allgemein zeigt sich, dass in den sogenannten Industriestaaten
41 die Ungleichheit zwischen den Vermögenswerten deutlich geringer ist als in den Entwicklungslän-
42 dern. Ursachen der Vermögensungleichheit sind unter anderem:

Weil der Mensch ein Mensch ist!

1 - Erbschaft und Schenkungen begünstigen in der Regel Männer - Frauen haben meist ein geringeres
2 Einkommen und arbeiten häufiger in prekären Arbeitsverhältnissen - geringen Anteil von Frauen in
3 Schlüsselfunktionen

4 - weltweit erschwerter Bildungszugang für Frauen

5 - Religiöse Überzeugungen und kulturelle Traditionen

6 - Frauen erledigen mehr unbezahlte Arbeit

7 Um der Vermögensungleichheit entgegenzuwirken brauchen wir unterschiedliche Maßnahmen. Un-
8 ter anderem eine Steuerpolitik, die Genderaspekte berücksichtigt. Vermögensbezogene Steuern sind
9 grundsätzlich ein geeignetes Mittel zur Umverteilung, welche auch Auswirkungen auf die Verteilungs-
10 gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern haben kann. Dadurch, dass in erster Linie Männer von gro-
11 ßen Erbschaften profitieren, werden so gesellschaftliche Strukturen verfestigt. Es bedarf einer Erb-
12 schaftsteuer, um der sozialen Schieflache entgegenzuwirken und "leistungsloses Einkommen" ent-
13 sprechend zu besteuern. Auch die Vermögenssteuer muss in diesem Zusammenhang diskutiert wer-
14 den. Grundsätzlich sollen bei allen Steuerstrukturreformen darauf geachtet werden, welche konkre-
15 ten Auswirkungen die Reform auf die Verteilungsgerechtigkeit zwischen den Geschlechtern hat. Das
16 Ehegattensplitting befördert Geschlechterungerechtigkeiten innerhalb unserer Gesellschaft. Es ent-
17 spricht nicht der Lebensrealität junger Paare und Familien, einseitig das Modell von Haupt- und Zu-
18 verdienst zu bevorzugen. Das Ehegattensplitting stellt insbesondere für Frauen ein Hemmnis für die
19 gleichberechtigte und unabhängige Erwerbstätigkeit dar. Es stellt den gleichwertigen Doppelver-
20 dienst beider Partner steuerrechtlich schlechter als das Familieneinkommen mit Zuverdienst. Es ist
21 daher weder gerecht noch fortschrittlich, da insbesondere die Frauen die Verliererinnen des Alleinver-
22 sorgermodells sind. Demzufolge erschwert das Ehegattensplitting die Vermögensbildung für verhei-
23 ratete Frauen.

24 Ein weitere Problematik sind die Ungerechtigkeiten auf dem Arbeitsmarkt, denn der Verdienst und
25 Erwerbsstatus haben konkrete Auswirkungen auf die Anhäufung von Vermögen. Häufig werden
26 Frauen noch immer auf dem Arbeitsmarkt diskriminiert. Es ist ein Skandal, dass im Jahr 2015 immer
27 noch über Lohndifferenzen zwischen Frauen und Männern gesprochen werden muss. Aus diesem
28 Grund bedarf es endlich einer Politik, die klare Regelungen zur Überwindung der Diskriminierung der
29 Frau schafft. Deshalb fordern wir unter anderem mehr Transparenz auf dem Arbeitsplatz. Frauen
30 müssen das Recht haben zu erfahren, wie viel ihre männlichen Kollegen verdienen, um ihr Recht auf
31 gleiche Bezahlung einfordern zu können. Zudem muss Lohndiskriminierung endlich eindeutiger über-
32 prüft und sanktioniert werden.

33 Familie und existenzsichernde Erwerbsarbeit müssen vereinbar sein. Aus diesem Grund muss ein lü-
34 ckenloser, einfacher Wiedereinstieg in den Beruf möglich sein. Alle Familien sollen die Möglichkeit
35 haben einen Platz in einer Kindertagesstätte in Anspruch zu nehmen.

36 Um Diskriminierung vor dem Einstellungsprozess einzudämmen, bedarf es zusätzlicher Konzepte. Denn
37 viele ArbeitgeberInnen vermeiden die Einstellung von Frauen, um den Ausfall einer Arbeitskraft
38 durch eine mögliche Schwangerschaft zu vermeiden. Zunächst bedarf es anonymisierter Bewer-
39 bungsverfahren und einer paritätischen Elternzeit. Darüber hinaus wäre auch die Einführung eines
40 verpflichtenden "Vaterschutzes" in den ersten acht Wochen nach der Geburt des Kindes sinnvoll.
41 Wenn auch Männer nach der Geburt des Kindes von der Arbeit freigestellt werden müssten, zieht
42 die/der ArbeitgeberIn in dieser Situation keinen vermeintlichen Vorteil aus der Einstellung eines
43 Mannes. Weitere Möglichkeiten zur gendergerechten Gestaltung des Arbeitsmarktes sind branchen-
44 bezogene Quotenregelungen und die gerechte Verteilung der unbezahlten Arbeit. Dies ist notwen-

Weil der Mensch ein Mensch ist!

1 dig, damit Frauen gleichberechtigt am Erwerbsleben teilhaben können. Darüber hinaus sollte disku-
2 tiert werden, einige unbezahlte Tätigkeiten weiterhin vermehrt in die Erwerbsarbeit zu überführen
3 (z.B in der Pflege).

4 Auf internationaler Ebene bedarf es endlich einer Entwicklungspolitik, die Aspekte der Geschlechter-
5 gerechtigkeit berücksichtigt. Die Programme der Entwicklungszusammenarbeit müssen ihre Ignoranz
6 gegenüber Gender Aspekten endlich überwinden und Geschlechtergerechtigkeit zum Prüfstein aller
7 Entscheidungen machen. Es muss zudem z.B durch Gender-Budgeting sichergestellt werden, dass ge-
8 nügend Ressourcen für solche Aspekte aufgewendet werden können.

9 Ein zentrales Element ist außerdem den Bildungszugang für Frauen und Mädchen zu ermöglichen.
10 Denn Bildung ist der Schlüssel, um den Frauen ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Darüber
11 hinaus ist Aufklärungsarbeit und internationale Ächtung der kulturellen und rechtlichen Stellung von
12 Frauen, in bestimmten Staaten, notwendig.

13 Um eine solche Entwicklungspolitik zu gestalten ist es essenziell die Privatisierung von öffentlicher
14 Infrastruktur in den Entwicklungsländern nicht zu befördern. Vor allem bei einer Privatisierung von
15 medizinischer Versorgung wären insbesondere Frauen wesentlich betroffen. Neben dem Ausschluss
16 der Privatisierung von Daseinsvorsorge sollten auch die entwicklungspolitischen Programme nicht
17 privatwirtschaftlich organisiert werden. Der Ausbau von Kleinkrediten ist sinnvoll und wichtig, so
18 lange diese nicht durch privatwirtschaftliche Interessen dominiert werden.

19 Grundsätzlich ist die Integration von Genderaspekten in die Entwicklungspolitik eine Aufgabe, die auf
20 transnationaler Ebene gelöst werden muss. Aus diesem Grund sollte dafür eine Zusammenarbeit der
21 Europäischen Union, der WTO, der UN und weiteren Akteuren angestrebt werden. Auch Nichtregie-
22 rungsorganisationen, insbesondere Frauenrechtsorganisationen, müssen für diese Ausrichtung der
23 Entwicklungspolitik mit in die Beratungen einbezogen werden.

24 **4. Frauen in der SPD**

25 Die SPD hat in der Gleichstellungspolitik eine Vorreiterrolle. Dennoch sind Frauen in der Partei immer
26 noch stark unterrepräsentiert.

27 Die Politik wird auch heute noch sehr stark von männlichen Genossen dominiert. So sind die meisten
28 Positionen in Vorständen von Männern besetzt. Auf Sitzungen sind es häufig männliche Genossen,
29 die die Reden halten. Frauen haben diesem männliche geprägten Redeverhalten oft nichts entgegen-
30 zusetzen, werden "unter den Tisch geredet" oder einfach übergangen. Es fehlen oft die weiblichen
31 Identifikationsfiguren in der Politik. Frauen haben oft das Gefühl nicht ernst genommen zu werden
32 oder auf die typischen "Frauthemen" beschränkt zu werden. Die Quote soll sicherstellen dass die
33 Stimmen der Frauen in der Partei auch gehört werden und dass sie mitentscheiden können. Sie soll
34 ebenfalls zu Gerechtigkeit bei der Besetzung von Positionen in Vorständen führen. Häufig wird die
35 Qualifikation von Frauen, die über die Quote in Vorstände kommen, angezweifelt. Sie werden von
36 ihren männlichen Genossen nicht gleichermaßen eingebunden und behandelt. Durch solches Verhal-
37 ten sinkt die Motivation von Frauen, sich aktiv in die Politik einzubringen. Frauen müssen besonders
38 gefördert werden und bei der Vergabe von Posten stärker berücksichtigt werden. Es muss dafür ge-
39 sorgt werden dass qualifizierte Frauen auch die Möglichkeit dazu bekommen.

40 **6. Frauen bei den Jusos**

41 Auch bei den Jusos sind Frauen, wie in der gesamten SPD, stark unterrepräsentiert. Wir Jusos wollen
42 eine Politik, in der Frauen und Männer gemeinsam entscheiden, fair miteinander diskutieren und
43 respektvoll miteinander umgehen. Wir wollen ein politisches Umfeld, in dem sich Frauen wohl füh-
44 len, in dem sie Ihre Meinung äußern können und in dem sie ernst genommen werden. Gerade jün-
45 gere Frauen müssen motiviert werden, Politik aktiv mitgestalten zu wollen. Wir wollen mehr Frauen

Weil der Mensch ein Mensch ist!

1 für die Jusos gewinnen; dazu gehört auch dass diese ihren festen Platz in den Jusoverbänden bekom-
2 men und aktiv mit eingebunden werden.

3 **6. Organisation der Juso Frauen im Bezirk**

4 Juso Frauenforum Das Juso Frauenforum dient zur Vernetzung von Frauen innerhalb des Bezirks. Wir
5 wollengemeinsame inhaltliche Positionen beraten und uns über gemeinsame Erfahrungen austau-
6 schen. Neben den inhaltlichen Treffen plant das Juso Frauenform im kommenden Jahr auch Treffen
7 die zur Vernetzung der Frauen innerhalb des Bezirks beitragen sollen. Es geht darum immer ein offe-
8 nes Ohr zu bieten für Probleme, von denen vor allem Frauen innerhalb des Bezirks betroffen sind.
9 Weiterhin soll ein E-Mail Verteiler der Frauen im Juso Bezirk die Kommunikation zwischen den Sit-
10 zungen in Zukunft erleichtern.

11 Darüber hinaus möchte das Frauenforum dafür sorgen, dass sich Frauen die neu zu den Jusos kom-
12 men direkt gut aufgenommen, angesprochen und konkret gefördert werden, dafür wollen wir im
13 nächsten Jahr gemeinsam eine Strategie entwickeln und umsetzen.

14 Zusammenarbeit mit der ASF Auch in der ASF muss die Gleichstellung zwischen den Geschlechtern
15 weiter vorangetrieben werden, dass können wir nachdrücklicher gemeinsam mit der ASF. Daher wol-
16 len wir verstärkt mit der ASF zusammenarbeiten und streben gemeinsame Veranstaltungen an.

17 Außendarstellung Wir wollen Frauen innerhalb des Bezirks sichtbar machen. Deshalb wollen wir ex-
18 plizit darauf achten für Grußworte und Referate auch immer Frauen einzuladen. Darüber hinaus wol-
19 len wir in allen Publikationen eine geschlechtsneutrale Sprache verwenden. Darüber hinaus plant das
20 Frauenforum im nächsten Jahr mehr Aktionen innerhalb und außerhalb des Juso Rahmens zu veran-
21 stalten und diese öffentlichkeitswirksam zu begleiten.

22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45

1 Juros im Bezirk Braunschweig
2 **Bezirkskonferenz, 11. Juni 2016**
3 **Titel** Fahrscheinlosen kommunalen ÖPNV in der Region einfüh-
4 ren
5 **Antragsteller** Unterbezirk Braunschweig

6
7
8 **Fahrscheinlosen kommunalen ÖPNV in der Region einführen**

9
10 **Vorwort**

11 Um die Teilhabe an der Gesellschaft für alle Menschen zu ermöglichen, ist der uneinge-
12 schränkte Zugang zur Mobilität in ländlichen Regionen genauso wie in städtischen Zentren
13 von zentraler Bedeutung. Unbestritten ist, dass die Nutzung von individuell-privaten Ver-
14 kehrsmitteln wie dem PKW im Durchschnitt deutlich schädlicher für die Gesellschaft und
15 Umwelt ist als die Nutzung von öffentlich-gemeinschaftlichen Verkehrsmitteln wie Bus und
16 Bahn. Dabei ist anzumerken, dass die gesellschaftlich-ökologischen Kosten umso höher aus-
17 fallen, je mehr Leute am motorisierten Individualverkehr teilnehmen. Damit ergibt sich, dass
18 eine gemeinwohlorientierte Politik Anreize für die Nutzung des ÖPNV setzen muss.

19
20 **Die aktuelle Situation in der Region Braunschweig**

21 Aktuell ist der ÖPNV in der Region Braunschweig kostenpflichtig. Die Braunschweiger Ver-
22 kehrs GmbH teilt die Fahrkarten in Einzelfahrkarten, Mehrfahrkarten, Wochenkarten, Mo-
23 natskarten, Abo Karten und Fahrradkarten ein. Außerdem gibt es für Fahrkarten für verschie-
24 dene Tarifzonen in Braunschweig verschiedene Preisklassen, die in Preisstufe 1, Preisstufe 2,
25 Preisstufe 3 und Preisstufe 4 gegliedert sind. Hierbei ist Preisstufe 1 die geringste Preisklasse,
26 da sie nur die jeweilige Stadt bzw. Gemeinde umfasst und Preisstufe 4 die höchste, da sie
27 weitere Teile des Bezirks Braunschweig beinhaltet. Zusätzlich gibt es die Möglichkeit, noch
28 billigere Fahrkarten, die für den Stadttarif gelten, zu kaufen sowie diese im Vorverkauf zu er-
29 werben.

30
31 **Beispiel 1:**

32 Bei einer 90 Minuten Fahrkarte bezahlen Erwachsene [ab 15 Jahren] 2,30€ im Stadttarif,
33 2,50€ in der Preisstufe 1 - 3,80€ in der Preisstufe 2 - 5,20€ in der Preisstufe 3 für 120 Minu-
34 ten und 8,40€ in der Preisstufe 4 für 150 Minuten. "Kinder" [6-14 Jahre] zahlen 1,40€ im

Weil der Mensch ein Mensch ist!

1 Stadttarif - 1,70€ in der Preisstufe 1 - 2,30€ in der Preisstufe 2 - 3,40€ in der Preisstufe 3 für
2 120 Minuten und 5,20€ in der Preisstufe 4 für 150 Minuten.

3

4 Beispiel 2:

5 Für eine Basiskarte, die monatlich gilt wird im Stadttarif 63,20€ bezahlt, in der Preisstufe I
6 EUR 65,30, in der Preisstufe II EUR 77,50, in der Preisstufe III EUR 104 und in der Preisstufe
7 IV EUR 142,80.

8

9 Kritik:

10 Für StudentInnen, Erwerbslose und Personen mit einem geringen Gehalt bietet der ÖPNV
11 durch diesen langfristig gesehen hohen Kostenaufwand jedoch keine Transportmöglichkeit,
12 die dauerhaft genutzt werden kann. Der Zugang zu vielen gesellschaftlichen Bereichen wird
13 verwehrt oder erschwert.

14

15 Der kostenlose ÖPNV am Beispiel von mehreren Städten

16 Mit Blick auf diese Ausgangslage lässt sich die Frage stellen, inwieweit ein Nahverkehr zum
17 Nulltarif eine Verbesserung darstellen würde.

18

19 Dies lässt sich anhand mehrerer Beispiele aus dem In- und Ausland analysieren.

20

21 Als erste europäische Hauptstadt hat Tallinn seit dem 1.1.2013 eine unentgeltliche Nutzung
22 des ÖPNV ermöglicht. Erhofft wurden sich dadurch in erster Linie ein Rückgang des motori-
23 sierten Individualverkehrs (MIV), eine größere Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs und
24 eine höhere Teilhabe von ökonomisch schwächeren Menschen. Alle drei Ziele scheinen da-
25 bei erfolgreich umgesetzt zu sein, da laut dem Chef des Tallinner EU-Büros schon nach weni-
26 gen Monaten ein Rückgang des Autoverkehrs von rund 15% erkennbar sein soll, die Anzahl
27 an Nutzern 2013 insgesamt um 3% im Gegensatz zum Vorjahr gestiegen ist und der Größte
28 Zuwachs an Nutzern mit 11% in einem Distrikt Tallinns erkennbar ist, wo die Anzahl an Er-
29 werbslosen und Menschen aus ärmeren Einkommenschichten relativ hoch ist.

30 Aufgrund der Tatsache, dass das Angebot nur für Einwohner Tallinns gilt, ist eine weitere
31 Folge auch, dass sich viele Menschen, die zuvor nur ihren Zweitwohnsitz in Tallinn hatten,

Weil der Mensch ein Mensch ist!

1 diesen nun als Erstwohnsitz gemeldet haben. Deshalb entstand nach einem Jahr ein Bevölke-
2 rungszuwachs von rund 10.000 Einwohnern, was eine Verdreifachung des Zuwachs zum Vor-
3 jahr darstellt. Dies heißt vor allem, dass Tallinn nun mehr Steuereinnahmen erhält, die Steu-
4 ereinnahmen umliegender Gemeinden allerdings zurückgehen. All das sind jedoch nur kurz-
5 fristige Veränderungen. Mit der Zeit wird mit größeren Auswirkungen gerechnet.

6

7 Ein weiteres Beispiel ist die belgische Stadt Hasselt, wo man schon längerfristige Verände-
8 rungen erkennen kann, da das System dort schon 1997 eingeführt wurde.

9

10 Das System wurde 2013 nach 16 Jahren mit einer kleinen Gebühr von 50 Cent pro Fahrt zwar
11 wieder kostenpflichtig, dennoch zeigen sich viele positive Veränderungen. So ist die Fahr-
12 gastzahl von 350.000 im Jahr 1996 auf 4,5 Millionen im Jahr 2008 angestiegen, was eine
13 große Verkehrsverlagerung mit sich brachte. Dadurch mussten große Straßenausweitungen
14 nicht mehr getätigt werden, was Einsparungen in Höhe von 72,7 Millionen Euro verursachte.
15 Diese Einsparungen haben vor allem die Finanzierung der großen Ausweitungen im Angebot
16 des öffentlichen Nahverkehrs möglich gemacht.

17

18 Die Verkehrsverlagerung war sogar so groß, dass vierspurige Verkehrsadern auf zwei Spuren
19 zurückgebaut werden konnten.

20

21 Außerdem verdreifachten sich innerhalb von fünfzehn Jahren der Umsatz und die Arbeits-
22 plätze in Hasselts Innenstadt. Doch es existieren auch ein paar deutsche Beispiele. Zum Bei-
23 spiel das brandenburgische Templin mit 16.000 EinwohnerInnen, wo ein fahrscheinloser
24 ÖPNV hauptsächlich eingeführt wurde, um den großen Kfz-Verkehr zu verringern und den
25 ÖPNV allgemein attraktiver zu machen. Diese Sachen sind gerade für Templin, welches als
26 Erholungsort bekannt ist, sehr wichtig. Dafür wurde vor allem das Angebot des dortigen
27 ÖPNV sehr ausgebaut, und schon drei Jahre nach der Einführung 1997 haben sich die Fahr-
28 gastzahlen verdreizehnfacht. 25% der neuen Fahrgäste sind vom MIV auf den ÖPNV umge-
29 stiegen, weshalb auch der Kfz-Verkehr sehr zurückging. Doch leider konnte eine dauerhafte
30 Finanzierung auch hier nicht gewährleistet werden. Darum musste der ÖPNV durch eine
31 Nutzerfinanzierung mitfinanziert werden.

32

Weil der Mensch ein Mensch ist!

1 Anhand dieser und noch mehr Beispiele kann zusammenfassend gesagt werden, dass die
2 Einführung eines fahrscheinlosen Nahverkehrs fast immer mit einer großen Verkehrsverlage-
3 rung einhergeht, nämlich sowohl vom MIV als auch von ökologischen Fortbewegungsmetho-
4 den hin zum ÖPNV, was zur Folge hätte, dass die Straßen deutlich entlastet werden, wie man
5 es z. B. sehr gut am Beispiel von Hasselt sehen kann.

6
7 Dies hat nochmal mehrere positive Folgen, so würde vor allem ein Rückgang der Umweltbe-
8 lastung durch den MIV erkennbar sein, aber auch die Unfallgefahr wäre weitaus geringer.

9
10 Ein entgeltloser ÖPNV wäre außerdem wie in Tallinn ein gutes Mittel, um eine größere Teil-
11 habe von ökonomisch schwächeren Menschen zu gewährleisten.

12
13 Allgemein haben Menschen nun mehr Geld für Konsum verfügbar. Die Folge sind eine hö-
14 here Nachfrage und damit mehr Arbeitsplätze, wie es sehr gut am Beispiel von Hasselt zu se-
15 hen ist.

16
17 Die größte Schwierigkeit ist hierbei natürlich die steigende Fahrgastzahl, die mit einem grö-
18 ßeren Angebot des Nahverkehrs einhergehen muss und somit vor allem deutlich höhere Kos-
19 ten für die Kommune zur Folge hat. Doch auch hier gibt es Modelle, die diese finanzielle Her-
20 ausforderung bewältigen könnten.

21
22 Strategien zur Ausgestaltung des ÖPNV

23
24 Nutzung durch Ausbau steigern
25 Speziell in der Stadt Braunschweig haben wir Jusos uns in den vergangenen Jahren für eine
26 Steigerung des Angebots der städtischen Linien eingesetzt. Vor allem die Umsetzung der von
27 uns seit Jahren geforderten (Wieder-)Einführung des Nachtlinienverkehrs in Braunschweig
28 auf Probe hat die Akzeptanz und den Stellenwert des ÖPNV in Braunschweig bei vielen jun-
29 gen aber auch älteren Menschen gestärkt. An dieser Leitlinie muss sich die Braunschweiger
30 Verkehrs GmbH auch zukünftig orientieren. Wir Jusos setzen uns in diesem Zusammenhang
31 für die unbefristete Fortsetzung der Nachtlinien sowie für kürzere Taktzeiten, insbesondere
32 bei hoch nachgefragten Bus- und Bahnlinien ein, die trotz hoher Nachfrage noch nicht im 10-

Weil der Mensch ein Mensch ist!

1 Minuten-Takt zur Hauptverkehrszeit fahren. Darüber hinaus wollen wir den Nachtlinienver-
2 kehr interkommunal erweitern.

3

4 Fahrscheinlose ÖPNV-Nutzung zur Attraktivitätssteigerung

5 Als die wohl größtmögliche Variante der Attraktivitätssteigerung des ÖPNV für alle Perso-
6 nengruppen bei gleichzeitigem entsprechenden Ausbau des Angebots dient die bereits
7 vielerorts innerhalb und außerhalb Deutschlands umgesetzte Möglichkeit, den ÖPNV in der
8 Stadt und/oder Region vor Ort zu nutzen, ohne einen Fahrschein individuell oder in einer
9 Gruppe käuflich zu erwerben. Hierzu gibt es einige Modelle, die bereits in der Realität umge-
10 setzt oder zumindest angeregt wurden:

11

12 Kommunale Haushaltsabgabe

13 Ähnlich wie bei der Erhebung des Rundfunkbeitrags könnte eine kommunal Abgabe aller pri-
14 vaten Haushalte in den jeweiligen Kommunen zur Finanzierung des fahrscheinlosen ÖPNV
15 erhalten. Anstatt einer pauschalen Haushaltserhebung befürworten wir eine nach sozialen
16 Kriterien gestaffelten Beitragshöhe. Mit anderen Worten: Ein einkommensstarker Haushalt
17 sollte stärker belastet werden als ein Haushalt, der hauptsächlich durch Bezüge aus dem SGB
18 II Einkommen erhält.

19

20 ÖPNV-Steuer / Touristenabgabe

21 Auch Touristen oder Geschäftsleute, die in der Region übernachten, profitieren von der
22 Möglichkeit, den ÖPNV vor Ort kostenfrei zu nutzen. Um auch diese Personengruppen an
23 der Finanzierung dieses Großprojekts zu beteiligen ist eine Einführung einer zweckgebunde-
24 nen ÖPNV-Steuer erforderlich, die über sämtliche im Bezirk ansässigen Hotels, Motels, Pensio-
25 nen und Ferienwohnungen direkt erhoben und an die Kommune transferiert werden.

26

27 Sonderabgabe für Unternehmen und Vermögende

28 Durch die Möglichkeit den regionalen ÖPNV kostenfrei zu nutzen, steigt automatisch die At-
29 traktivität der Region Braunschweig als Wirtschaftsstandort. Dieser Mehrwert für Unterneh-
30 men sollte mit einer Erhöhung der Hebesätze bei der Gewerbesteuer Rechnung getragen
31 werden. In diesem Zusammenhang ist es auch nur allzu gerecht, wenn die Vermögenden in
32 unserem Bezirk stärker zur Finanzierung beitragen. Die durch die Erhöhungen generierten

Weil der Mensch ein Mensch ist!

1 Mehreinnahmen sollten dabei ebenfalls im Rahmen des kommunalen Haushalts in die Investition der kommunalen Fuhrparks genutzt werden.

3

4 City-Maut

5 Die Einführung eines kostenfreien ÖPNV ist kein Selbstzweck. Wir wollen damit den Bezirk
6 Braunschweig bundesweit als moderne, grüne Region des 21. Jahrhunderts in eine Vorreiter-
7 rolle bringen. Die Reduzierung des CO₂-Ausstoßes, welche zu einer spürbaren Luft- und Le-
8 bensqualität führt, ist dabei das vorrangigste Ziel. Dennoch kann in Teilen der Bevölkerung
9 Unmut darüber aufkommen, dass sich trotzdem einige KfZ-Liebhaber der gesamtgesell-
10 schaftlichen Aufgabe zur CO₂-Minimierung keinen solidarischen Beitrag beitragen wollen.
11 Daher ist eine Abgabe für alle privat verkehrenden Fahrzeuge in Braunschweig und Wolfs-
12 burg über eine zeitlich befristete Mautplakette eine für uns notwendige Konsequenz.

13

14 Erhöhung der Parkgebühren

15 Die Qualität der Umwelt vor Ort erhöht sich nicht nur über eine Reduzierung der Abgasaus-
16 stöße sondern auch durch den Ausbau der Grünflächen. Für einen solchen Ausbau bedarf es
17 unter anderem freiwerdender Parkflächen. Da man davon ausgehen kann, dass durch den
18 kostenfreien Zugang zum ÖPNV der städtische Individualverkehr mit dem PKW wohl stark
19 zurückgehen wird, senkt sich auch der Bedarf an Parkplätzen im städtischen Zentrum und
20 den City-nahen Randbereichen. Sollte dies nicht der Fall sein, kann die Politik das Parken im
21 und nahe des Stadtzentrums durch hohe Parkgebühren in diesen Bereichen unattraktiv ge-
22 gestalten. Mögliche Mehreinnahmen können dann entweder in die Finanzierung zur Einrich-
23 tung und Pflege weiterer Grünflächen oder zum fahrscheinlosen ÖPNV genutzt werden.

24

25 Gewusst wie - Unser Ansatz zur Umsetzung des fahrscheinlosen ÖPNV

26 Eins ist sicher: Falls sich Mehrheiten in den Räten und Kreistagen für die Einführung des fahr-
27 scheinlosen ÖPNV ergeben, muss dieses Projekt durch und in ein Gesamtnahverkehrskon-
28 zept begleitet und integriert werden.

29

30 Um die Akzeptanz in der Bevölkerung zu erhöhen, ist auch eine schrittweise Einführung des
31 fahrscheinlosen ÖPNV bei gleichzeitigem Ausbau des Angebots über neue Linienführungen
32 und kürzere Taktzeiten erfolgen. Bevor man tatsächlich erste NutzerInnen von Bus und Bahn

Weil der Mensch ein Mensch ist!

1 ohne Fahrscheine zulässt, könnte zum Beispiel Tarife für Einzel-, Gruppen-, und Monatsfahr-
2 karten halbiert werden, wobei die Einnahmen-Defizite der Braunschweiger Verkehrs-GmbH
3 über kommunale Haushaltsmittel und/oder durch eine zeitlich befristete Einführung einer
4 der vier oben genannten Maßnahmemöglichkeiten finanziert werden.

5
6 Gleichzeitig muss ein transparenter Kommunikationsprozess zwischen Politik/Verwaltung
7 und den allen EinwohnerInnen erfolgen - ähnlich wie es die Braunschweiger Verwaltung be-
8 reits mit dem integrierten Stadtentwicklungskonzept (ISEK) vollzieht. Dies sollte auf allen
9 kommunalen Ebenen als Beispiel dienen. Am Ende einer breit angelegten BürgerInnenbetei-
10 ligung soll die finale Entscheidung über die Einführung und Finanzierung über eine interkom-
11 munale BürgerInnenbefragung oder einen BürgerInnenentscheid erfolgen.

12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43

1 Jusos im Bezirk Braunschweig

2 **Bezirkskonferenz, 11. Juni 2016**

3 **Titel** Weltweites Verbot weiblicher Genitalverstümmelung –
4 Stoppt die Gewalt... stoppt die Folter... stoppt diesen Wahn-
5 sinn

6 **Antragsteller** Bezirksvorstand

7
8 **Weltweites Verbot weiblicher Genitalverstümmelung**

9
10 **Stoppt die Gewalt...stoppt die Folter...stoppt diesen Wahnsinn**

11

12

13 In rund 30 Staaten der Erde werden auch heute noch jedes Jahr etwa 3 Millionen Mädchen
14 und Frauen (meist schon im Kindesalter) an ihren Genitalien verstümmelt. Weltweit sind ver-
15 mutlich mehr als 200 Millionen Frauen betroffen; die Dunkelziffer ist wahrscheinlich doppelt
16 so hoch. Anerkannte Studien gibt es für den Sub-Sahararaum, Ägypten und Irak aber auch im
17 Nahen Osten und Südostasien werden Frauen verstümmelt. In Somalia beträgt die Rate be-
18 troffener Frauen annähernd 98%. Der Eingriff wird meist unsteril und unter unzureichender
19 Hygiene und ohne Betäubung durchgeführt. Mit Messern, Rasierklingen, Glasscherben oder
20 Deckeln von Metalldosen (selten werden medizinische Instrumente wie Skalpelle benutzt)
21 werden (je nach Variante der Beschneidung) die Klitoris, sowie komplett oder teilweise die
22 inneren und äußeren Schamlippen entfernt, ausgeschält oder gekürzt. Die UN unterscheidet,
23 je nach Region, 3 Varianten der Beschneidung: 1. es wird nur die Klitoris entfernt, 2. Es wer-
24 den Klitoris und innere sowie zum Teil die äußeren Schamlippen entfernt, 3. die sogenannte
25 "pharaonische Beschneidung" (Infibulation) --> komplette Entfernung der äußeren Ge-
26 schlechtsteile und anschließendes Zuziehen der Scheide mit Nylonfäden oder Zusammen-
27 knüpfen mit Dornen bis auf eine winzige Öffnung für Urin und Menstruationsblut. Im Laufe
28 ihres Lebens werden die zugenähten Frauen immer wieder aufgeschnitten und wieder zuge-
29 näht, um den Geschlechtsverkehr nach der Eheschließung sowie Geburten möglich zu ma-
30 chen. Jeder einzelne dieser Eingriffe kann dabei aufgrund des Hygienemangels und daraus re-
31 sultierenden Infektionen tödlich sein. Die betroffenen Frauen erleiden dabei multiple physi-
32 sche und psychische Traumata, die ihr ganzes Leben anhalten können.

33

34 Seit 2013 ist weibliche Genitalverstümmelung als eigener Straftatbestand im StGB aufge-
35 nommen und verjährt erst mit dem 41. Geburtstag der Betroffenen; seit 2014 ist es in die
36 Katalog der Auslandsstraftaten aufgenommen. Dennoch werden immernoch Verstümme-
37 lungen der Genitalien von Mädchen und Frauen zur angeblichen Kontrolle ihrer Sexualität
38 vorgenommen. Bei den Frauen wird jegliches Empfindungsvermögen mit Verstümmelung
39 der Nervenenden ihres Geschlechts zerstört, was in den Regionen mit Akzeptanz von Geni-
40 talverstümmelung als gut erachtet wird, da die Schmerzen die Tugend und Enthaltbarkeit
41 der Frauen sicherstellen sollen. Die Beschneidung soll des Weiteren die weibliche Reinheit
42 aufrecht erhalten, ohne die ein Leben innerhalb der jeweiligen Gemeinschaft nahezu unmög-
43 lich gemacht wird. Unbeschnittene Frauen haben meist keine Zukunft, weil sie keinen Ehe-
44 mann finden und im schlimmsten Fall von der Gemeinschaft verstoßen werden, da diese sie
45 als unrein betrachten.

46

47 Der Kampf gegen die weibliche Genitalverstümmelung ist ein Kampf gegen tief verankerte
48 Traditionen, unmenschliche religiöse Praktiken und gegen ein von Männern dominiertes

Weil der Mensch ein Mensch ist!

1 Frauenbild. Es ist ein Kampf gegen die Gewalt an Frauen, gegen Folter und gegen Unterdrückung. Es muss ein weitreichender Aufklärungs- und Bildungsprozess stattfinden sowie betroffenen Frauen hierzulande Hilfe, Zuflucht und medizinische Versorgung geboten werden.

Wir Jusos fordern deshalb:

9 Darauf hinzuwirken weibliche Genitalverstümmelung weltweit zu verbieten
10 medizinische und psychologische Betreuung betroffener Frauen und Mädchen
11 Genitalverstümmelung als geschlechtsspezifischen Asylgrund anzuerkennen und gefährdeten Frauen ein Bleiberecht zu erstatten
12 Wiederherstellungsoperationen sollen als Kassenleistung ohne Zuzahlung gelten
14 Bereitstellung von Geldern für Aufklärungs- und Bildungsprojekte in Regionen mit hoher Akzeptanz von Genitalverstümmelung
15 bessere Aufklärung von Personen aus Risikogruppen
17 Hilfsangebote in Deutschland aufzuzeigen
18 Schaffung von flächendeckende und kompetente Beratungsstellen für Frauen

Begründung:

22 Genitalverstümmelung ist in ihren Ausmaßen und Auswirkungen vollkommen unterschätzt.
23 Die meist unsteril und ohne Betäubung sowie mit nur unzureichender Hygiene stattfindenden Eingriffe besitzen keine rationale Grundlage. Die Gefahr von Ansteckungen und Infektionen ist extrem hoch und jedes 4. Mädchen stirbt an den Folgen dieses qualvollen Eingriffes.
26 Die physischen und psychischen Qualen zeichnen die betroffenen Frauen ihr gesamtes Leben lang.
28 Genitalverstümmelung stellt eine Menschenrechtsverletzung dar. Artikel 25 beinhaltet unter anderem das Recht auf einen Lebensstandard, der Gesundheit und Wohlgewährleistet. Durch die Beschneidung werden Mädchen und Frauen (meist schon in jungen Jahren oder sogar im Kindesalter) extreme Schmerzen und Qualen zugefügt, die sich meistens durch ihr gesamtes Leben ziehen. Es stellt eine Form von Gewalt gegen Frauen sowie eine Form der Folter dar.

Weil der Mensch ein Mensch ist!

I 1

1 Jusos im Bezirk Braunschweig

2 Bezirkskonferenz, 11. Juni 2016

3 **Titel** Jetzt erst recht!!! – Für ein angemessenes Bundesteilhabegesetz

4 **Antragsteller** Bezirksvorstand

7 **Jetzt erst recht!!! - Für ein angemessenes Bundesteilhabegesetz**

8
9 Anfang 2017 soll das Gesetz zur Stärkung von Teilhabe und Selbstbestimmung von Menschen
10 mit Behinderung (oder kurz das Bundesteilhabegesetz) beschlossen und verabschiedet wer-
11 den. Am 26. April 2016 wurde der knapp 370 Seiten lange Referentenentwurf veröffentlicht.
12 Doch anstatt Menschen mit Behinderung eine bessere Teilhabe am gesellschaftlichen Leben
13 zu ermöglichen und ihre Situationen zu verbessern, enthält dieser einige Neuregelungen, die
14 die Selbstbestimmung und gleichberechtigte Teilhabe (besonders von Menschen, die auf As-
15 sistenz angewiesen sind) einschränken. Es ist daher dringend nötig, diesen Entwurf abermals
16 zu überarbeiten und in der neuen Legislaturperiode zu diskutieren, bevor dieser voreilig zur
17 Abstimmung in den Bundestag gelangt.

18
19 Insbesondere folgende Eckpunkte bedürfen einer erneuten intensiven Diskussion und Über-
20 arbeitung:

- 21
- 22 • Überprüfung der gegenwärtigen Einkommens- und Vermögensanrechnung sowie
- 23 Schaffung einkommens- und vermögensunabhängiger Leistungen zur sozialen
- 24 Teilhabe (z.B. bei Inanspruchnahme von persönlicher Assistenz)
- 25 • Freilassung des Einkommens von Ehe-/Lebenspartnern sowie Erhöhung des
- 26 Freibetrages
- 27 • Reform des Behindertenbegriffs entsprechend der UN-Behindertenrechtskonvention
- 28 • Verpflichtung der Rehabilitationsträger zur Barrierefreiheit und Inklusion → Schaffung
- 29 eines inklusiven Sozialraumes
- 30 • Schulische Aus- und Weiterbildung und Studium als Leistung der Teilhabe am
- 31 Arbeitsleben und der sozialen Teilhabe anerkennen
- 32 • Stärkung des Wunsch- und Wahlrechtes („Poolen“ von Leistungen abschaffen) → z.B.
- 33 zwangsweise gemeinsame Inanspruchnahme von Assistenzleistungen durch mehrere
- 34 Menschen mit Behinderung
- 35 • Schaffung von unabhängiger Beratung
- 36 • bundeseinheitliches Teilhabegeld

37 **Begründung:**

38
39
40 Das Gesetz zur Stärkung von Teilhabe und Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderung
41 soll diesen Menschen helfen, sie in ihrer Situation stärken und sie unterstützen. Dieses
42 Vorhaben kann nicht gewährleistet werden, wenn durch den neuen Gesetzesentwurf weitere
43 Barrieren hochgezogen werden oder es zu einer Verschlechterung der momentanen Situation
44 kommt. Der vorliegende Referentenentwurf zum Bundesteilhabegesetz entspricht nicht den
45 Forderungen der Behindertenverbände und bedarf einer weiteren Überarbeitung, anstatt ihn
46 noch dieses Jahr leichtfertig und unüberlegt „durch den Bundestag zu peitschen“.

47 Besonders wichtig erscheint hierbei die Klärung von Einkommen und Freibeträgen. Menschen
48 mit Behinderung dürfen nicht systematisch arm gehalten werden; Ihnen muss erlaubt sein, ihr

Weil der Mensch ein Mensch ist!

1 Geld genauso einzusetzen wie Nichtbehinderte. Sparen für einen Urlaub, für ein Auto oder für
2 ein Haus muss möglich gemacht werden. Ebenso müssen sie sich eine Altersvorsorge anlegen
3 und Rentenversicherungen abschließen dürfen; durch die Gesetze ist dies momentan nicht
4 möglich und viele Behinderte laufen Gefahr später in Altersarmut zu leben.

5 Ebenso ist es wichtig, das Einkommen von nichtbehinderte Lebens- oder Ehepartnern
6 freizulassen. Lebenspartner dürfen nicht auch noch arm gemacht werden; ihr Einkommen darf
7 nicht zur Deckung des Assistenzbedarfs angerechnet werden. Die Möglichkeit zum Ausbau
8 einer gemeinsamen Zukunft beider Partner wird damit systematisch behindert oder gar
9 gestört.

10 Des weiteren muss das Wunschrecht von Menschen mit Behinderung gestärkt werden; sie
11 sollten selbst entscheiden dürfen welche Art von Assistenz sie in Anspruch nehmen und ob sie
12 diese lieber zu Hause oder in einem Pflegeheim in Anspruch nehmen. Ihnen sollte keine
13 Lebensform aufgezwungen werden nur weil diese günstiger und billiger ist. Das Poolen von
14 Leistungen bei Menschen mit Behinderung nimmt ihnen jede Art von Selbstbestimmung und
15 gehört dringend abgeschafft.

16 Des weiteren ist es nötig unabhängige Beratung in Anspruch zu nehmen und sich nicht nur
17 ausschließlich mit Beratern der Sozialämter auseinander setzen zu müssen.

18 Eine gründliche Überarbeitung des Bundesteilhabegesetzes ist dringend erforderlich um auf
19 dessen Grundlage, die Teilhabe und Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderung in
20 der Gesellschaft zu sichern und weiter auszubauen.

21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48

1 Jusos im Bezirk Braunschweig

2 Bezirkskonferenz, 11. Juni 2016

3 **Titel** Liebe darf nicht arm machen – Für eine finanzielle Entlastung der Partner von Menschen mit Behinderung

4 **Antragsteller** Bezirksvorstand

6
7 **Liebe darf nicht arm machen - Für eine finanzielle Entlastung der PartnerInnen von Menschen mit Behinderung**

9
10 Wenn ein Mensch mit Behinderung Leistungen in Anspruch nimmt, wie beispielsweise Assistenz und Rund-um-die-Uhr-Betreuung, muss er ab einem bestimmten Einkommen zusätzliche Zuzahlungen zu diesen Leistungen vornehmen. Er oder sie darf keine Ersparnisse von mehr als den doppelten HartzVI Satz (etwa 2600 €) besitzen; alles andere wird rigoros einkassiert. Das ist vielen bekannt, was die meisten aber nicht wissen: Auch die LebenspartnerInnen und EhepartnerInnen von Menschen mit Behinderung werden zur Kasse gebeten. Sobald die beiden zusammen wohnen, wird auch das Einkommen des nicht behinderten Partners bzw. der nicht behinderten Partnerin mit angerechnet. Zusammen dürfen beide Ersparnisse von knapp 3200 € besitzen. Eine Familiengründung, Sparen auf ein Haus oder einen Urlaub ist quasi unmöglich.

19
20 **Deshalb fordern wir:**

- 21
- 22 • eine finanzielle Entlastung der PartnerInnen von Menschen mit Behinderung
 - 23 • Haftung des nicht behinderten Lebens-/Ehepartners bzw. der nicht behinderten Lebens-/Ehepartnerin für die behinderungsbedingten Kosten abschaffen
 - 24 • Erhöhung der Freibeträge in Lebenspartnerschaften zwischen behinderten und nicht behinderten Menschen
- 26

27
28 **Begründung:**

29
30 Liebe darf nicht arm machen. Jeder Lebensgemeinschaft muss es möglich sein, sich eine gemeinsame und finanziell abgesicherte Zukunft aufzubauen. Lebenspartner dürfen nicht für die Hilfe ihrer behinderten Partner zur Kasse gebeten und deshalb systematisch arm gemacht werden sondern deren Einkommen muss losgelöst vom Vermögen des Partners betrachtet werden. Altersvorsorge sowie Lebensabsicherung durch eigene finanzielle Aufwendungen sollte ermöglicht werden; hierzu müssen die gemeinsamen Freibeträge abgeschafft oder zumindest deutlich erhöht werden.

37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48

1 Jusos im Bezirk Braunschweig
2 Bezirkskonferenz, 11. Juni 2016
3 **Titel** Fluchtursachen bekämpfen! – eine entwicklungspolitische
4 Perspektive
5 **Antragsteller** Bezirksvorstand

6
7
8
9 **Fluchtursachen bekämpfen! – eine entwicklungspolitische Perspektive**

10
11 **1. Aktuelle Situation** Derzeit sind weltweit etwa 60 Millionen Menschen auf der Flucht,
12 so viele wie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr. Sie fliehen vor gewaltsamen Konflikten,
13 Menschenrechtsverletzungen, Armut oder politischer, ethnischer und religiöser Verfolgung.
14 Hinzu kommen extreme Naturereignisse, die immer öfter auch Grund für die Flucht aus der
15 Heimat sind. Die meisten der Geflüchteten fliehen zunächst innerhalb ihres Heimatlandes
16 oder in Nachbarländer. Scheint eine Rückkehr in das Heimatland jedoch nicht aussichtsreich
17 versuchen einige von ihnen nach Europa zu fliehen. Doch seit dem sogenannten Türkei-Deal
18 ist eine Flucht nach Europa beinahe unmöglich. Die zunächst propagierte Willkommenskultur
19 in Deutschland hat sich mittlerweile in eine Abschreckungs- und Abschiebekultur verwandelt.
20 Eine repressive Asylgesetzgebung, ein verstärkte rassistische Ressentiments gegen
21 Geflüchtete sowie Abschottung kennzeichnen die derzeitige Flüchtlings- und
22 Migrationspolitik in Deutschland und Europa. Wir Jusos fordern ein weltweites Recht auf
23 Migration. Wir wollen ein Ende der “Festung Europa” und kritisieren die Abschottung durch
24 das Schließen der Balkanroute, das Installieren von Kontrollen an EU-Binnengrenzen und
25 schließlich durch das Abkommen mit der Türkei. Menschen die vor Hunger, Armut,
26 Verfolgung oder Krieg fliehen sollen in Europa ein neues Zuhause finden können. Die
27 derzeitige Politik ist darauf ausgerichtet, dies zu verhindern. Doch mit der Aufnahme der
28 Geflüchteten ist die globalpolitische Problemstellung nicht final gelöst. Die Geflüchteten
29 machen sich in der Regel nicht freiwillig auf den beschwerlichen oder häufig
30 lebensgefährlichen Weg der Flucht. Die akute oder strukturelle Situation in ihrem
31 Heimatland zwingt sie dazu. Aus diesem Grund muss es neben der uneingeschränkten
32 Aufnahme auch sozialdemokratische Politik sein, die Situation in den Ländern, aus denen die
33 Fluchtbewegungen kommen, zu verbessern. Weil die Ursachen von Flucht vielschichtig sind,
34 ist auch die Bekämpfung von Fluchtursachen unterschiedlich. Durch friedens- und
35 entwicklungspolitische Initiativen müssen wirksame langfristige Verbesserungen erzielt
36 werden um Menschen in allen Ländern eine Perspektive geben zu können. Aktive
37 Friedenspolitik mit dem Ziel staatlicher Stabilität und Sicherheit sowie

Weil der Mensch ein Mensch ist!

1 entwicklungspolitisches Engagement das die wirtschaftliche und rechtliche Lage in den
2 Herkunftsländern nachhaltig verändert müssen avisiert werden. Zudem müssen die Weichen
3 gestellt werden, um der zukünftigen und bereits teils aktuellen Fluchtursache Klimawandel
4 entschiedener entgegenzutreten. Von entscheidender Bedeutung bei der Bekämpfung von
5 Fluchtursachen sind entwicklungspolitische Anpassungen, um die wirtschaftliche und soziale
6 Situation in den Herkunftsländern zu verbessern. Wirtschaftspolitische Verwerfungen und
7 verbreitete Armut bilden häufig den Nährboden für das Ausbrechen beziehungsweise
8 Eskalieren gewalttätiger Auseinandersetzungen. Wichtig ist zu verstehen, dass der Erfolg von
9 Entwicklungszusammenarbeit nicht allein am Wachstum des Bruttoinlandsproduktes zu
10 bemessen ist. Entwicklung ist kein linearer, eindimensionaler Prozess, bei dem sich einzig und
11 allein Länder des globalen Südens mithilfe des globalen Nordens "entwickeln". Es ist
12 vielmehr ein Interaktionsprozess, in dem sich die Welt als Ganzes zu einem gleichwertigen,
13 freien und lebenswerten Ort für alle Menschen entwickelt. Entwicklungspolitik findet
14 heutzutage sowohl auf europäischer als auch auf nationalstaatlicher Ebene statt. Für beide
15 Ebenen gilt es: Die Entwicklungszusammenarbeit muss in Zukunft ganzheitlich verstanden
16 und mit mehr Bedeutung bemessen werden. Im Sinne einer zukunftsweisenden Politik
17 fordern wir folgende Anpassungen:

18

19 **Nationale Egoismen in der Entwicklungszusammenarbeit überwinden** Die
20 Entwicklungszusammenarbeit wird - wenn auch häufig in gewandelten Formen - von
21 nationalstaatlichen Interessen gesteuert. So wird es nicht möglich sein, aus den Macht- und
22 Abhängigkeitsverhältnissen auszubrechen. Trotz Fortschritten in den nachhaltigen
23 Entwicklungszielen (SDGs) müssen die Entwicklungsziele weiterentwickelt werden, so dass
24 sichergestellt wird, dass nachhaltige Wirtschaftsförderung zum Wohl der
25 Kooperationspartner betrieben wird. Nur so können die wirtschaftlichen Strukturprobleme,
26 die für weit verbreitete Armut und Erwerbslosigkeit sorgen nachhaltig bekämpft
27 werden. **Handelspolitik auch als Entwicklungspolitik verstehen** Zu häufig wird die
28 außen- und entwicklungspolitische Dimension von Handelspolitik unterschätzt und
29 entwicklungspolitische Bemühungen werden durch die profitorientierte Handelspolitik
30 konterkariert. Aus diesem Grund müssen aktuelle Handelsmechanismen grundsätzlich
31 geändert werden. Wir müssen weg von einer kapitalistisch- wirtschaftsorientierten
32 Denkweise. Handel verstehen wir als Teil der Entwicklungszusammenarbeit. Dabei sind
33 gezielte Wirtschaftsförderung sowie der Transfer von Menschen- und
34 ArbeitnehmerInnenrechten vor Unternehmensinteressen zu verorten. Diese kulturell-
35 politische Dimension von Handel ist zu stärken. Für einen fairen handelspolitischen Umgang

Weil der Mensch ein Mensch ist!

1 mit den Ländern des globalen Südens, beispielsweise der AKP-Staaten (Afrika-Karibik-Pazifik),
2 müssen wir bspw. die von der Europäischen Union verhandelten Economic Partnership
3 Agreements (EPAs) auf den Prüfstand stellen. Häufig hat die Europäische Union bilaterale
4 Verträge mit einzelnen Staaten geschlossen, die es den Staaten unmöglich machen eigene
5 Wirtschaftszweige zu schützen oder zu stärken. Insbesondere die Agrarindustrie in
6 afrikanischen Staaten ist davon stark betroffen. Subventionen auf europäischer Seite
7 verzerren den Wettbewerb und verhindern die Entstehung einer eigenständigen
8 Agrarindustrie. Handelspolitische Rahmenbedingungen die einen asymmetrischen Handel
9 schaffen müssen in der Zukunft der Vergangenheit angehören.

10 **Korruption bekämpfen** Die Länder mit denen die Bundesrepublik und die Europäische
11 Union Entwicklungszusammenarbeit betreiben sind häufig stark durch Korruption
12 gekennzeichnet. Diese Korruption stellt ein starkes Entwicklungshemmnis dar und erschwert
13 die Entwicklungszusammenarbeit zu Lasten derjenigen die dringend auf diese Hilfe
14 angewiesen sind. Aus diesem Grund muss Korruptionsbekämpfung als Querschnittsaufgabe
15 aller Institutionen der Entwicklungszusammenarbeit verstanden werden. Ein erster Schritt
16 sollte die Umsetzung der Standards der International Aid Transparency Initiative (IATI) durch
17 alle Akteure der deutschen Entwicklungszusammenarbeit sein.

18
19 **Entwicklungspolitik institutionell stärken! DG DEVCO und das Europäische Parlament**
20 **aufwerten** Wir fordern eine kohärente Entwicklungspolitik die von demokratisch
21 legitimierten Akteuren gesteuert wird. Entwicklungspolitik darf nicht in die Hände privater
22 Investoren gelegt werden und damit zur Erschließung von weiteren Absatzmärkten für
23 europäische Unternehmen dienen. Wir verstehen die DG DEVCO und das Europäische
24 Parlament als die legitimierten Träger europäischer Entwicklungspolitik. Allgemein sollte das
25 langfristige Ziel sein die Entwicklungszusammenarbeit gänzlich auf europäischer Ebene zu
26 transferieren um kohärente Strategien mit erhöhter Wirksamkeit zu entwickeln.

27
28 **Das 0,7 % Ziel endlich einhalten** Es soll darauf hingewirkt werden, dass alle europäischen
29 Staaten das Ziel erreichen mindestens 0,7% ihres Bruttonlandproduktes in die
30 Entwicklungszusammenarbeit zu investieren. Nur durch eine Ende der Ausbeutung von
31 Staaten des globalen Südens kann ein lebenswertes Dasein in allen Staaten sichergestellt
32 werden. Die Menschen müssen in ihren Heimatländern die Möglichkeit auf gute Arbeit und
33 einen gesicherten Lebensunterhalt haben. Mittelfristig bedarf es dafür eines Umdenkens in
34 der Handels- und Entwicklungspolitik. Es darf jedoch nicht verkannt werden das die
35 Grundlagen für das Handeln der Akteure des globalen Nordens das vorherrschende

Weil der Mensch ein Mensch ist!

1 neoliberale Dogma und letztlich kapitalistische Zwänge sind. Letztenendes lässt sich ein
2 gerechtes Weltwirtschaftssystem durch durch einen Überwindungsprozess der solchen
3 verwirklichen.

4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47

1 Jusos im Bezirk Braunschweig
2 Bezirkskonferenz, 11. Juni 2016
3 **Titel** Satzungsänderung
4 **Antragsteller** Bezirksvorstand

5
6 Satzungsänderung

7
8 Die Satzung der Jusos im Bezirk Braunschweig ist folgendermaßen zu ändern:

9 **§3 Streiche** die Organe Bezirksausschuss und Aktivenversammlung

10 **§4 Ersetze** „(1) Die Bezirkskonferenz ist das oberste Organ des Bezirks. Sie besteht aus 60
11 Delegierten der Unterbezirke“

12 durch: „(1) Die Bezirkskonferenz ist das oberste Organ des Bezirks. Sie besteht aus 45 Dele-
13 gierten der Unterbezirke“

14
15 **Ersetze** „(2) Jedem Unterbezirk stehen 3 Grundmandate zu.“
16 Durch: „(2) Jedem Unterbezirk stehen 2 Grundmandate zu.“

17
18 **§5 Streiche § 5 aus der Satzung.**

19
20 **§7 Streiche § 7 aus der Satzung.**

21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50

1
2 Jusos im Bezirk Braunschweig
3 **Bezirkskonferenz, 11. Juni 2016**

4 **Titel** Schrittweise Einführung des Englischen als „zweite Amts-
5 sprache“

6 **Antragsteller** Unterbezirk Goslar

7
8 **Schrittweise Einführung des Englischen als „zweite Amtssprache“**
9

10 Der Juso-Bezirk Braunschweig möge sich dafür einsetzen, die englische Sprache schrittweise
11 als Ergänzung, nicht Ersetzung, im Kontakt mit Verwaltung und Behörden einzuführen. Es soll
12 möglich gemacht werden, Formulare auf Englisch zu erhalten, sowie Gespräche mit Behör-
13 denmitarbeitern auf Englisch zu führen.

14 Hierzu sollen entsprechend auszuarbeitende Anträge in zuständigen Gremien gestellt wer-
15 den. Des Weiteren soll das Thema in den Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit gerückt wer-
16 den. Durch die Öffentlichkeit und Experten soll diskutiert werden, ob gewisse Interaktionen,
17 etwa zur Vermeidung der Bildung von Parallelgesellschaften, weiterhin nur auf Deutsch mög-
18 lich seien sollen. Grundsätzlich soll die Anwendung des Englischen jedoch bejaht werden.
19 Die Staats- und Gerichtssprache bleibt Deutsch und hiervon unberührt.

20
21 Motivation

22 In Zeiten der globalen Vernetzung von Studierenden, Auszubildenden und MitarbeiterInnen
23 kommt es immer häufiger vor, dass Menschen nur zeitlich befristet in einem Land leben und
24 arbeiten. Hierbei handelt es sich vor allem um Fachkräfte und Experten, die wesentlichen Ein-
25 fluss auf die wirtschaftliche Entwicklung und Leistung eines Landes haben. Um dieser Entwick-
26 lung Rechnung zu tragen, soll es möglich gemacht werden, den Behördenverkehr in Deutsch-
27 land auch in englischer Sprache zu ermöglichen. Das Englische ist in Wissenschaft und inter-
28 nationaler Wirtschaft bereits als allgemein akzeptierte und beherrschte Sprache implemen-
29 tiert.

30 Die nationalen Arbeitsmärkte werden immer weiter durch einen globalen verdrängt. Selbiges
31 gilt für Investitionen. Ein Land, das sich durch hohe sprachliche Hürden auszeichnet, wird hier-
32 bei schlicht vom wirtschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Wachstum abgehängt, bis hin zum
33 drohenden Ausschluss.

34 Die Bundesrepublik Deutschland kennt keine Amtssprache bzw. Staatssprache in dem Sinne,
35 als dass sie durch die Verfassung vorgegeben wird. Stattdessen regeln die Länder und einzelne
36 Gesetze, etwa das Gerichtsverfassungsgesetz, die Verwendung von Sprachen. (§ 184 GVG: *Die*
37 *Gerichtssprache ist deutsch. Das Recht der Sorben, in den Heimatkreisen der sorbischen Bevöl-*
38 *kerung vor Gericht sorbisch zu sprechen, ist gewährleistet.*)

39 Die deutsche Bevölkerung bzw. der deutsche Binnenmarkt sind zu klein, als dass sich die Ge-
40 sellschaft aus nationalistischen Motiven heraus der globalen Entwicklung auf ewig verschlie-
41 ßen kann, wenn Deutschland eine Industrienation bleiben soll.

42 Ziele des Antrags

Weil der Mensch ein Mensch ist!

1 Ziel des Antrages ist es nicht, die deutsche Sprache abzuschaffen bzw. zu ersetzen. Vor Ge-
2 richt, in Gremien, verwaltungsintern und Parlamenten soll weiterhin die deutsche Sprache als
3 einzig amtlich gültige existieren. Alles andere führt zu Unsicherheiten in der Verständlichkeit
4 getroffener Äußerungen.

5 Es soll durch diesen Antrag möglich gemacht werden, Formulare auf Englisch zu erhalten, so-
6 wie Gespräche mit Behördenmitarbeitern auf Englisch zu führen. Aktuell ist dies nicht möglich,
7 da viele Behörden sich weigern, Englisch mit denjenigen Besuchern zu sprechen, welche kein
8 Deutsch verstehen, egal ob es sich um Angestellte internationaler Unternehmen, Flüchtlinge
9 oder Austauschstudierende handelt. Die Zulassung eines Autos oder das Anmelden eines
10 Wohnsitzes sollte unserer Meinung nach allerdings auch in englischer Sprache erfolgen kön-
11 nen. Dies dient gerade auch dem Zusammenwachsen Europas.

12 Neu eingestellte Behördenmitarbeiter sollten daher einwilligen, mit nicht Deutsch sprechen-
13 den Besuchern auf Englisch zu sprechen, die Behörden sollten dies zulassen.

14 Regelungen wie §185 Abs. 2 u. 3 GVG ((2) Die Zuziehung eines Dolmetschers kann unterblei-
15 ben, wenn die beteiligten Personen sämtlich der fremden Sprache mächtig sind. (3) In Famili-
16 ensachen und in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit bedarf es der Zuziehung ei-
17 nes Dolmetschers nicht, wenn der Richter der Sprache, in der sich die beteiligten Personen er-
18 klären, mächtig ist.), sollen überall Anwendung finden und ausgebaut werden.

19 Ausnahmen, Diskussionsbedarf

20 Sicherlich gibt es Bereiche, in denen die deutsche Sprache nicht zur Gängelung der Besucher
21 dient, sondern als Integrationsgrundlage dient. Daher soll durch die Öffentlichkeit und Exper-
22 ten diskutiert werden, ob gewisse Interaktionen, etwa die Beantragung von Sozialleistungen
23 oder Kindergeld, weiterhin nur auf Deutsch möglich seien sollen.

24 In Regionen, in denen Englisch nicht als erste Fremdsprache an Schulen unterrichtet wird, sol-
25 len Ausnahmeregelungen möglich sein.

26 Englisch in Deutschland und der EU

27 Die englische Sprache wird von 80% der unter 60-jährigen Deutschen beherrscht, 97% aller
28 Kinder in der EU erlernen sie. Eine innerdeutsche Ost/West-Disparität ist zu erkennen, aller-
29 dings wesentlich schwächer als zu erwarten.

30 Im Internet dominiert das Englische mit über 80% des indizierbaren Inhaltes über die folgen-
31 den Sprachen Chinesisch und Russisch.

32 Gegenüber den meisten anderen Sprachen besticht das Englische außer durch seine Verbrei-
33 tung vor allem durch einfache Grammatik, kleines Alphabet und den geringen Stellenwert der
34 Betonung, was es leicht zu erlernen macht.

35 Roadmap

36 Werden Formulare neu aufgelegt oder überarbeitet, soll immer zusätzlich eine englische
37 Übersetzung erstellt werden. In dieser sollen Kernphrasen sowohl auf Deutsch als auch auf
38 Englisch angegeben werden.

39 Werden Mitarbeiter im öffentlichen Dienst neu eingestellt, so soll von diesen die Bereitschaft
40 abverlangt werden, im Dienst wenn nötig auch Englisch zu sprechen. Die Fähigkeit hierzu soll-
41 ten sie besitzen, da Englisch in der Bundesrepublik Deutschland seit 1957 Pflichtfremdsprache
42 an Schulen ist.

Weil der Mensch ein Mensch ist!

1 Allgemein soll sich am Vorbild des Saarlands orientiert werden, welches bis 2043 Französisch
2 als entsprechende Sprache einführt, ein passendes internationales Vorbild ist Estland.
3 Die Rolle der Sprache in den Schulen ist gesondert zu diskutieren. Hierzu zählt die Fragestel-
4 lung, ob Schulabschlussprüfungen in anderen als den Sprachenfächern auch in englischer
5 Sprache abgenommen werden können sollen. Des Weiteren ist Nebenziel dieses Antrages, die
6 Beherrschung der englischen Sprache in der deutschen Bevölkerung zu fördern, auch dies
7 kann auf die Schulen zurückwirken.

8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47

1 Jusos im Bezirk Braunschweig
2 Bezirkskonferenz, 11. Juni 2016
3 **Titel** Gegen jede Form des Antisemitismus!

4
5 **Antragsteller** Unterbezirk Braunschweig

6
7 **Gegen jede Form des Antisemitismus!**

8
9 Zur Welt des modernen Kapitalismus gehört leider bei vielen ein Denken, dass in Gut und
10 Böse aufteilt. In diesem System wird die Schuld an Missständen regelmäßig bei denen
11 gesucht, die selbst nur nach den Regeln des Kapitalismus arbeiten (müssen). Meist sollen
12 JüdInnen an allgemeinen Problemen der Menschheit eine tragende Schuldrolle spielen.
13 Dieser latente bis offene Antisemitismus zieht sich durch die Geschichte und ist nahezu so alt
14 wie das Judentum selbst. Bis 1945 war es üblich direkt an Stammtischen, in öffentlichen
15 Agitationen oder Veröffentlichungen JüdInnen direkt als Urheber weltlicher Probleme zu
16 benennen. Die Probleme (oder die Zustände, die als solche angesehen wurden), an denen
17 JüdInnen eine tragende Rolle spielen sollen reichen von der Pest, Armut und Missernte, dem
18 Aufkommen der UdssR, bis hin zu allen Folgen des Kapitalismus, besonders bei
19 Wirtschaftskrisen. Nach 1945 hat die direkte rhetorische Anfeindung gegenüber JüdInnen,
20 vor allem im deutschsprachigen Raum nachgelassen. Der Inhalt ist jedoch gleich geblieben,
21 er richtet sich nun jedoch gegen den Staat der JüdInnen: Israel. So bezeichnete Günter Grass
22 2012 Israel als Gefährder eines Weltfriedens und im öffentlichen Diskurs wird Israel oft
23 einseitig als Urheber weltlicher Probleme dargestellt.

24
25 **Warum grad JüdInnen?**

26 Die Soziologie ist sich seit Jahrzehnten einig, dass nur das Milieu eine wichtige Rolle spielt,
27 wie sich Menschengruppen entwickeln. Nicht ihre Abstammung oder durch Natur
28 angeborene Zugehörigkeit zu einer Ethnie. Aus humaner Sicht ist die pauschale
29 Schuldzuschreibung an ein ganze Ethnie, „Volk“ oder Glaubensgemeinschaft sowieso zu
30 verurteilen, das sie schnell eine Eigendynamik entwickeln kann und zu Ausgrenzung,
31 Verfolgung, Diskriminierung bis hin zur Vernichtung dieser Gruppe führen kann.
32 Wieso sind es gerade JüdInnen denen dieses Schicksal über Jahrtausende zu Teil wird? Mit
33 dieser Frage haben sich viele HistorikerInnen und SozialwissenschaftlerInnen seit Jahren

Weil der Mensch ein Mensch ist!

1 beschäftigt und darüber wissenschaftliche Werke dazu geschrieben. Wir versuchen die
2 Grundpfeiler komprimiert hier zu skizzieren:

3 Schon zu den Anfangszeiten des Judentums wurde dieser Glaube kritisch beäugt, weil das
4 neue Modell des nur einen Gottes den meisten Menschen zuwider war. Mit Aufkommen des
5 Christentums verstärkte sich die Ablehnung des Judentums. Zum Einen lastete auf ihnen der
6 Vorwurf des Verrats an Jesus Christi, zum anderen musste das Judentum delegitimiert werden,
7 um sich selbst zu legitimieren. So entstand das Bild des Kontrastes des Judentum zum
8 Christentum. Das Christentum galt bei vielen seiner AnhängerInnen als rein, vollkommen,
9 sauber und moralisch, während das Judentum die konträre Position dazu einnahm:
10 Schmutzig, verkommen, amoralisch, falsch und böse. So wurden negative Phänomene
11 schnell den JüdInnen angelastet. Oft wurden sie auch mit dem Teufel gleichgesetzt.
12 Auch im Mittelalter wandelte sich dieses Bild nicht. Da JüdInnen durch ihre koscheren
13 Glaubensgrundsätze hygienischer das Essen zubereiteten waren sie auch weniger anfällig
14 für Krankheiten. Als dann die Pest ein Drittel der Menschen Europas tötete, waren unter
15 JüdInnen weniger Opfer. Schnell wurden sie als Drahtzieher dieser gebrandmarkt. Man warf
16 ihnen vor mit bösen Kräften einen Pakt zu schmieden. Durch die ablehnende Haltung
17 gegenüber JüdInnen wurden ihnen auch handwerkliche Berufe und Mitgliedschaften in den
18 Zünften verweigert. Einige der wenigen Berufszweige, die sie noch wahrnehmen konnten
19 waren die der HändlerInnen und der Geldgeschäfte. Auch durften sie in den aufkommenden
20 Städten des Spätmittelalters und Neuzeit nur in separaten Vierteln leben, wodurch oft außer
21 beim Handel kaum Kontakt zu JüdInnen möglich war und sie als etwas Fremdes
22 wahrgenommen wurde, die man nur mit dem Handel und Geldgeschäften assoziiert.

23
24 Spätestens ab der späten Neuzeit und mit Aufkommen des Kapitalismus hat sich das Bild der
25 JüdInnen als böse Urheber verselbstständigt. Durch ihre alleinige erzwungene Betätigung der
26 Geldgeschäfte und dessen, damals üblicher, Weitervererbung an die nächste Generation
27 waren haben viele JüdInnen auch von dem wirtschaftlichen Zeitgeist profitiert. Das
28 verstärkte das ohnehin schon antisemitische Bild und erneuerte es mit den Attributen
29 raffgierig. Während Reichtum und Ausbeutung mit dem Judentum gleichgesetzt wurde, galt
30 Bescheidenheit, Tugend, Frömmigkeit und das Landleben als christlich-deutsch. Die schnelle
31 Veränderung der Alltagswelt, die Maschinisierung, die Verstädterung mit einhergehender
32 Verarmung in Elendsvierteln ließ viele Menschen überfordert und verzweifelt zurück. Sie

Weil der Mensch ein Mensch ist!

1 flüchteten sich in das Ideal eines verklärten Bildes, dem die Moderne und damit oft das
2 Judentum gegenüber stand.

3 Die Folge waren verstärkt Pogrome. Der Antisemitismus wurde dabei nicht nur von Rechts
4 gepflegt. Auch in als links geltenden Parteien wurde „der Jude“ als Sinnbild des raffgierigen
5 Ausbeuters dem deutschen männlichen Ideal entgegengestellt. Aus rechter Sicht wurde
6 JüdInnen vorgeworfen, Völker und Nationen zersetzen zu wollen. Durch die Diaspora lebten
7 JüdInnen ohne eigenen Staat verteilt in der ganzen Welt. Durch die Wirtschaftskrise der 20er
8 gewann der Antisemitismus eine furchtbare Dynamik. Parteien skandierten offen JüdInnen
9 als Übel, wütende Menschenhorden überfielen immer häufiger JüdInnen. Zu der Zeit
10 flüchteten viele aus dem immer antisemitischer werdenden Europa ins britische
11 Mandatsgebiet Palästina und gründeten dort u.a. die Stadt Tel Aviv und verwandelten
12 Wüstengebiet in fruchtbaren Boden.

13

14 Shoa und die Folgen

15 Adolf Hitler und das NS-Terrorregime mussten den Antisemitismus nicht neu erfinden. Sie
16 nutzten das bisherige antisemitische Klima und förderten es staatlich gefördert. Durch
17 Gesetze wurden JüdInnen immer verstärkter aus dem öffentlichen Leben verbannt. Die Shoa,
18 der industriell geplante Massenmord an JüdInnen markiert nicht nur eine Zäsur in der
19 Geschichte des Antisemitismus, sondern der gesamten Menschheit.

20 Nach Beendigung der NS-Diktatur durch die Alliierten wurde als Konsequenz des Versagens
21 der Weltgemeinschaft JüdInnen zu schützen durch UN-Beschluss der Staat Israel gegründet.
22 JüdInnen haben erstmals in der Moderne die Möglichkeit sich institutionell selbst zu
23 verteidigen und staatlich zu organisieren.

24

25 Trotz der geschichtlichen Lehre, zu welcher Folge Antisemitismus führen kann ist er heute
26 weiter von Links bis Rechts präsent. Laut einer Studie der Friedrich Bert Stiftung von 2012
27 denkt fast die Hälfte der Deutschen ganz oder teilweise, dass JüdInnen heute zuviel Einfluss
28 auf die öffentliche Meinung hätten und nahezu jedeR dritte, dass JüdInnen durch ihr
29 Verhalten selbst an ihrer Verfolgung schuld seien.

30

31 Antizionismus als neue Form des Antisemitismus

Weil der Mensch ein Mensch ist!

1 Von nun an stand Israel stets im Fokus der Weltöffentlichkeit und wurde unmittelbar nach
2 ihrer Gründung von arabischen Staaten angegriffen. Die Ablehnung gegen JüdInnen im
3 offenen Diskurs, den Vorwurf, die Welt zu steuern, einfach nur böse zu sein und wandelte
4 sich nicht, sie wurde nur nach 1945 mehr auf Israel angewandt, dem Staat der Juden. Als
5 internationalistischer Richtungsverband lehnen wir Nationalstaaten ab und sehen vor allem
6 im Patriotismus eine große Gefahr. Aufgrund der Geschichte gilt es jedoch Israel zu schützen,
7 solange es Staaten und Antisemitismus gibt. Besonders perfide ist es wenn Israel mit dem
8 NS-Staat, also der Diktatur, die verantwortlich für den millionenhaften Mord an JüdInnen
9 schuld ist, gleichgesetzt wird. So wird das Opfer zum Täter gemacht und Deutsche können
10 sich von ihrer Schuld freimachen.

11
12 Da Kritik an Israel nicht zwangsläufig unerwünscht sein muss, antisemitischer Antizionismus,
13 also die bloße Ablehnung des jüdischen Staates, jedoch doch, ist es schwer die Grenze zu
14 finden. Wann ist Israelkritik berechtigt? Wir halten uns an folgende drei Prinzipien. Treten die
15 ein, sehen wir keine legitimierte Israelkritik mehr:

16
17 Dämonisierung

18
19 Israel wird als das absolut Schlechte dargestellt. Jedes Handeln der Israelis gilt pauschal als
20 verdorben. Die Kritik reicht von Menschenhass und Rassismus im groben, bis hin zu
21 typischen antisemitischen Ressentiments wie Lust am Blut der Kinder und Kontrolle über die
22 Welt.

23
24 Doppelstandards

25
26 Wenn Israel anders bewertet wird als andere Nationalstaaten. Wenn Israel einzig für Taten
27 verurteilt wird, die bei vielen anderen Staaten übersehen und nicht beachtet werden.

28
29 Delegitimierung

30
31 Wenn Israel das grundsätzliche Recht abgesprochen wird ein Staat sein zu dürfen in einer
32 Welt der Nationalstaaten.

Weil der Mensch ein Mensch ist!

1

2 Sekundärer und struktureller Antisemitismus

3 Beim strukturellen Antisemitismus werden nicht gezielt und offen JüdInnen diskriminiert,
4 aber der Inhalt und das Vorgehen ähnelt dem Antisemitismus. Das Streben der Menschen
5 nach einer verkürzten Sicht komplexer Fragen mit einseitiger Schuldrolle und die Flucht in
6 eine Illusion ist weiter verstärkt bei allen Gruppen der Bevölkerung vorhanden. Oft wird
7 schnell eine Gruppe als Schuldige auserkoren, statt sich intensiv mit komplexen Themen zu
8 beschäftigen. Gerade bei der Kapitalismuskritik wird diese schnell verkürzt personalisiert mit
9 zu schnellen Schuldzuweisungen und bei den Demonstrationen gegen Globalisierung oder
10 TTIP lässt sich ähnliches beobachten. Oft soll es nur eine raffgierige Elite sein,
11 „Heuschrecken“, die wie eine Plage vom Bösen gesteuert über (uns) die Guten
12 herreinbrechen und sie aussaugen. Dies lässt schließen, dass man nur eine Personengruppe
13 entfernen müsse, damit es allen gut ginge. Dieses Denken kann sich schnell in der Praxis
14 gegen Personengruppen richten und eine Eigendynamik entwickeln.

15

16 Die Ablehnung des sekundären Antisemitismus entstand nach 1945 nicht trotz, sondern
17 wegen Auschwitz. Er ist ein deutsches Problem mit dessen Umgang zur eigenen Nation nach
18 der Shoa. Eine Relativierung der Schuldrolle Deutschlands oder eine Gleichsetzung dessen
19 mit Israels erfolgt dabei nicht selten, um als Schuldabwehr die Verantwortung Deutschlands
20 zu verringern. JüdInnen wird vorgeworfen, den Holocaust heute nur zur Bereicherung zu
21 nutzen, oder im schlimmsten Fall, dass dieser garnicht erst stattfand. Oft wird dabei
22 behauptet, Israel tue das selbe heute, was ihnen früher angetan wurde. So erscheint es wie
23 eine Rechtfertigung und Umkehr der Täter-Opferrolle.

24

25 Forderung

26 Auch in unserer aufgeklärten Welt ist es zu beobachten, dass sich viele Menschen in
27 antisemitischen Sprüchen und Ressentiments ausdrücken. Den wenigsten Menschen ist klar,
28 dass sich die herrschenden Missstände, die Ungleichheit und ihre Situation aus dem System
29 und seiner Natur heraus, und nicht aufgrund des Verhaltens Einzelner zu Stande kommt.
30 Solcherlei Denkweisen gesellen sich dann zu einem Alltagsantisemitismus, der aus abfälligen
31 Bemerkungen über JüdInnen, den Staate Israel oder die angeblich von Juden kontrollierte
32 Weltwirtschaft seine Basis bezieht. Den Menschen geht dabei der Blick für die

Weil der Mensch ein Mensch ist!

1 systemimmanenten Probleme verloren. Wir als Jusos möchten uns klar gegen jegliche Form
2 von struktureller Gewalt und Unterdrückung stellen. Der strukturelle und sekundäre
3 Antisemitismus im Besonderen ist für uns aufgrund der deutschen Geschichte ein wichtiges
4 Problem. Wir lehnen Schuldzuweisungen und Vorurteilen basierende Ideologien und
5 Ansichten ab und versuchen, gegen ihre Präsenz im Alltag durch Aufklärung vorzugehen. Wir
6 lehnen einseitige Schuldzuweisungen an komplexen systemimmanenten Missständen,
7 Vorurteile oder eine unreflektierte Personalisierung der Schuld nicht nur ab, wir appellieren
8 an an unserer Mutterpartei, Gewerkschaften und anderen linken Gruppen davon Abstand zu
9 nehmen und keine schnellen Lösungen für schwierige Probleme zu finden. Auch außerhalb
10 von Institutionen treten wir bei Bedarf in einen Dialog zur Aufklärung. Probleme wollen wir
11 beheben und keine Neuen durch pauschale Vorurteile schaffen. Wir positionieren uns
12 deutlich gegen jede Form von Antisemitismus, Antizionismus und verkürzter
13 Kapitalismuskritik! Solange wir in einer kapitalistischen Welt der Nationalstaaten mit
14 antisemitischen Zügen leben, ist der Staat Israel unverzichtbar.

15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41

1 Jusos im Bezirk Braunschweig

2 **Bezirkskonferenz, 11. Juni 2016**

3 **Titel** Demokratie kann nicht illiberal sein – Antidemokratischen
4 Tendenzen entgegenwirken!

5 **Antragsteller** Unterbezirk Braunschweig

6

7

8 **Demokratie kann nicht illiberal sein**

9 **Antidemokratischen Tendenzen entgegenwirken!**

10

11 1. Einleitung

12 "Die liberale Demokratie ist am Ende. Sie garantiert den ungarischen Familien keinen Wohl-
13 stand und keinen Schutz der nationalen Interessen mehr. Der ungarische Staat wird sich
14 nicht weiter an liberale Werte halten"

15

16 Diese Verkündung von Victor Orbán, dem ungarischen Regierungschef, verstörte die meisten
17 Staaten der Europäischen Union im Jahr 2014. Denn sie kennzeichnet die Eruption der politi-
18 schen Situation sowie der demokratischen und rechtsstaatlichen Prinzipien in Ungarn. Durch
19 die parlamentarische Zweidrittelmehrheit der FIDESZ Partei veranlasste Orbán zahlreiche
20 Maßnahmen zur Änderung der Verfassung, um die demokratischen Institutionen auszuhöh-
21 len und die Erosion des Rechtsstaates einzuleiten. Orbán ersetzte diese schließlich durch
22 eine neue Verfassung, in welcher die demokratischen Grundrechte weitestgehend einge-
23 schränkt worden sind. Unter anderem installierte die FIDESZ Partei Gesetze zur Entmach-
24 tung des Verfassungsgerichts, ein repressives Mediengesetz sowie die Ausheblung des
25 Streikrechts. Doch trotz Orbans starken antidemokratischen Tendenzen ist er immernoch
26 der demokratisch gewählte Regierungschef Ungarns. Diese Entwicklung beschreibt ein neues
27 Phänomen mitten in der europäischen Union: Die illiberale Demokratie.

28

29 2. Was ist eine illiberale Demokratie?

30

31 Ein Regierungschef oder Staatspräsident kann vom Volk gewählt werden, dieses aber durch
32 meist autoritäre Methoden unterjochen. In einer illiberalen Demokratie können sich die Bür-
33 gerinnen und Bürger weniger auf ihre durch Verfassung oder Gewaltenteilung geschützten

Weil der Mensch ein Mensch ist!

1 Grundrechte berufen. Dabei können Verfassung und Gewaltenteilung missachtet oder dem
2 autoritären Herrschaftsstil angepasst werden.

3

4 Häufig werden auch bürgerliche Rechte durch eine Unterdrückung oppositioneller Gruppen
5 und Minderheiten missachtet. Ein weiteres häufig auftretendes Merkmal einer Illiberalen
6 Demokratie ist die mangelnde Rede- und Versammlungsfreiheit und ein Einschneiden der
7 Pressefreiheit.

8

9 Um genauer eine illiberale Demokratie zu beschreiben, sollte ein Blick auf die Herkunft des
10 Wortes geworfen werden, welches ein Weglassen liberaler Werte beinhaltet. Als historisch
11 gewachsen gilt die Freiheit des Individuums als wichtigster Wert des Liberalismus. Ausgelegt
12 werden kann diese Prämisse in vielerlei Richtungen und so interpretieren auch die verschie-
13 denen liberalen Strömungen vom Linkliberalismus bis zum Wirtschaftsliberalismus verschie-
14 den, wie sich das Individuum am ehesten frei ohne Zwänge entfalten kann. Dabei unter-
15 schieden sich die Methoden zur möglichen Umsetzung, die freiheitliche Intention ist dabei
16 bei allen gleich. Dieses Bestreben nach der Freiheit des Individuums hat sich auch, besonders
17 in der westlichen Welt, als Grundmuster einer Demokratie entwickelt.

18

19 Bei einer illiberalen Demokratie fehlt es oft an individueller Freiheit. Die BürgerInnen dürfen
20 zwar ihr Parlament bzw. ihren Regierungschef wählen, müssen aber auf andere freiheitliche
21 Grundwerte verzichten.

22

23 Häufig wurden und werden einige osteuropäische Staaten mit einer illiberalen Demokratie
24 gleichgesetzt. Russland unter Vladimir Putin wird oft nachgesagt eine Illiberale Demokratie
25 zu sein. Tatsächlich gibt es in dem Russland unter Putin starke Defizite in einer Teilung der
26 Gewalten und der Pressefreiheit. Dazu gibt es immer wieder Stimmen, die Russland bezüg-
27 lich der Wahlen kritisieren. Seit Jahren wird Russland mit dem Vorwurf nicht freier Wahlen
28 konfrontiert.

29

30 Anders ist es, wie bereits in der Einleitung erwähnt, am Beispiel Ungarns unter Viktor Orbán.
31 Dieser leugnet als Ministerpräsident seines Landes illiberale Verhältnisse nicht ab, sondern
32 bekennt sich zur illiberalen Demokratie und wirkt auf ein autoritäres und unfreiheitliches

Weil der Mensch ein Mensch ist!

1 Ungarn mit Zügen einer Autokratie hin. Unter seiner Amtszeit wurden unter anderem die
2 Pressefreiheit massiv eingeschränkt, das Streikrecht ausgehebelt, öffentliche Ämter mit ihm
3 wohlgesonnenen Personen besetzt und das Verfassungsgericht entmachtet. Seine Partei Fidesz
4 ist weiterhin Mitglied der europäischen Volkspartei. Zusammen mit CDU und CSU.

5

6 Zusammenfassend kann als illiberale Demokratie bezeichnet werden, wenn gewählte Regie-
7 rungschefs die allgemein als freiheitlich definierten demokratischen Grundwerte missachten.

8 Dazu können folgende Erscheinungsformen gezählt werden:

9

- 10 · Keine Gewaltenteilung
- 11 · Mangelnder Minderheitenschutz
- 12 · Unterdrückung der Opposition
- 13 · Mangelnde bis gar keine Versammlungs- und Meinungsfreiheit
- 14 · Keine Pressefreiheit
- 15 · Starker und repressiver Einfluss seitens der Regierung auf das Privatleben der Bürge-
16 rInnen und auf individuelle Freiheiten
- 17 · Autoritärer Führungsstil mit Ignoranz gegenüber parlamentarischen Prozessen

18

19 3. Politische Analyse

20

21 Gerade in Zeiten wirtschaftlicher Stagnation oder gar Krisen lässt sich beobachten, dass As-
22 pekte der Gewaltenteilung und demokratisch-rechtsstaatliche Gesetzgebungsverfahren
23 mehr oder weniger in Frage gestellt werden. Parlamentarische Kontrolle oder das ureigenste
24 Recht der Legislative, die Haushaltshoheit, werden als Hemmnis wirtschaftlicher Dynamik
25 verunglimpft. Als Beispiel soll nur auf den von Bundeskanzlerin Merkel zu Hochzeiten der Eu-
26 rokrise geprägten Begriff der „marktkonformen Demokratie“ verwiesen werden. Gerade der
27 wirtschaftliche Aufschwung in China und anderen autoritären Staaten diene manch einem
28 als Beweis für die Überlegenheit solcher Regime gegenüber freiheitlich geprägten Gesell-
29 schaften.

30

Weil der Mensch ein Mensch ist!

1 Aber es sind nicht nur wirtschaftliche Gründe, die BefürworterInnen einer nahezu ungezügelt-
2 ten Exekutivgewalt zu ihrer Haltung bringt. Grundlage ist vor allem ein pervertiertes Demo-
3 kratieverständnis. Demokratie wird als die uneingeschränkte Herrschaft der Mehrheit (vor
4 allem über die Minderheit) angesehen. Pluralismus und Interessenausgleich stünden dieser
5 Ansicht nach dem Willen der Mehrheit entgegen und seien daher illegitim. HerrscherInnen in
6 solchen illiberalen Demokratien betrachten daher ihre (Wieder-)Wahl als eine Art Plebiszit
7 über ihre - die Grenzen der Verfassung häufig missachtende – Amtsführung.

8

9 Wie lässt sich nun die in den betroffenen Staaten vorhandene Bereitschaft der (manchmal
10 auch nur relativen) Bevölkerungsmehrheit erklären, einer „Wahl-Despotie“ zuzustimmen?
11 Zum einen muss man bedenken, dass durch die Einschränkungen der Pressefreiheit eine kri-
12 tische Berichterstattung über die Regierung kaum mehr möglich ist und die öffentliche Dar-
13 stellung der MachthaberInnen ausschließlich positiv ist. Zum anderen konstruieren Anhä-
14 nger- und VertreterInnen der jeweilige Regierung häufig eine aus nationalen, ethnischen und
15 religiösen Elementen gespeiste Identität einer Mehrheitsgesellschaft. Diese Identität sei
16 durch innere und äußere Feinde bedroht und könne nur durch eine starke Exekutivgewalt
17 geschützt werden, die im Auftrag der Mehrheit nahezu schrankenlos handeln kann. Eine Er-
18 zählung, die leider nicht selten auf fruchtbaren Boden fällt. Wohl auch deshalb, weil kom-
19 plexe gesellschaftliche und politische Probleme von vielen als Überforderung wahrgenom-
20 men werden und daher die Sehnsucht nach einer „starken Hand“ entstehen lässt, die Prob-
21 leme im Sinne des angeblichen „Volkswillens“ löst. Ein Phänomen, dass sich auch hierzu-
22 lande beobachten lässt.

23

24 4. Was getan werden muss

25

26 Wir fordern dazu auf illiberale Staaten bzw. Regierungen von allen Seiten auch als solche zu
27 kennzeichnen. Ebenso wie bei dem wesentlich schlimmeren Beispiel Diktatur sollte Men-
28 schenrecht vor wirtschaftlicher Beziehung gelten und Missstände vor Ort sollten nicht zu
29 Gunsten ökonomischer Verflechtungen missachtet werden.

30

Weil der Mensch ein Mensch ist!

1 Bei diplomatischen Besuchen sollten VertreterInnen der Bundesrepublik auch auf man-
2 gelnde demokratisch-freie Werte hinweisen. Denn anders als die oft unterdrückte Opposi-
3 tion oder vorherrschende Medien, haben diese dazu die Möglichkeit und werden gehört.

4

5 Leider lassen sich auch in Deutschland verstärkt Sehnsüchte nach illiberalen demokratischen
6 Verhältnissen beobachten.

7

8 WutbürgerInnen, die unter dem Motto "Wir sind das Volk" laut pöbelnd durch die Straßen
9 ziehen und die sofortige Umsetzung ihrer Ziele fordern, da sie sich selbst als laute Mehrheit
10 betrachten, treten besonders durch die Pegida-Bewegung immer häufiger in Erscheinung.
11 Dazu paart sich durch sogenannter Putinfreunde auch eine immer größere Zuneigung, na-
12 hezu schon Sehnsucht, nach Russland und dortigen Verhältnissen. Parlamentarische Demo-
13 kratieprozesse unter Berücksichtigung des Minderheitenschutzes sind dabei genauso
14 fremd wie pluralistische Vielfalt in der Entscheidungsfindung. Das gestiegene Selbstverständ-
15 nis vieler, dass politische Entscheidungen, die meistens auch einen autoritären und repressi-
16 ven Charakter haben, sofort umgesetzt werden müssten, weil eine laute Masse, die sich als
17 Mehrheit sieht, das fordert, ist ein großes Problem unserer Gesellschaft mit dem wir zu
18 kämpfen haben.

19

20 Oft sind ihre Lösungswege vereinfacht und simpel und wirken leider dadurch empfänglicher
21 als komplexe zeitlich aufwendigere politische Entscheidungsfindungsprozesse. Unsere Auf-
22 gabe muss es demnach umso mehr sein, dieser Bewegung argumentativ entgegenzutreten
23 und unseren Bildungsauftrag wahrzunehmen. Wir dürfen diesen LautsprecherInnen nicht die
24 Hoheit politischer Diskurse außerhalb akademischer Kreise überlassen. Wir müssen für unser
25 Demokratieverständnis eintreten und dafür werben. Egal welche Makel unsere westliche De-
26 mokratie auch haben mag, jede autoritärere Form ist ein weit aus schlimmeres Szenario,
27 welches es abzuwehren gilt.

28

29

30